Preis 0,20 RM.

Amtliches Mitteilungsblatt

des Stadt- und Landkreises Bielefeld

Herausgegeben mit Genehmigung der Militärregierung unter NRW / Pric / Press / 43 vom 23. Dezember 1946.

Nr. 25 | Bielefeld, den 30. August 1947 | Erscheint sonnabends

Wechsel auf dem Landratsposten

Die Sitzung des Kreistages am 27. August 1947

Nach der Begrüßung der in der Sitzung anwesenden Gäste, des stellvertretenden kommandierenden Offiziers der Militärregierung 507 in Minden, des stellvertretenden Offiziers der Militärregierung 514 in Bielefeld des Kreisresidenz-Offiziers Major Reeve, des Oberbürgermeisters Ladebeck sowie seines Stellvertreters, Rechtsanwalt Landmeyer und des Oberstadtdirektors Dr Vincke, durch den Vorsitzenden wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1. Einführung der Richtlinien und Richtsätze für Fürsorgeleistungen.

Zu diesem Punkte führte als Berichterstatter des Fürsorgeausschusses der Abg. Generotzky aus: Die öffentliche Fürsorge hat die Pflicht, jedem das zu geben, was ihn in die Lage versetzt, sich das unbedingt Lebensnotwendige kaufen zu können. Alles was wir heute bekommen, erreicht nicht mehr den gewohnten Stand. Aber bei diesen Leuten ist die Not doppelt groß, weil die seelische Not zur finanziellen hinzu kommt. Bei einem großen Teil der Arbeiter, die heute für niedrigen Lohn arbeiten müssen, ist die Not in die Familien eingezogen. Die Ersparnisse, die sie während des Krieges machen konnten, sind aufgebraucht, die Güter, die sie entbehren konnten, sind zum großen Teil schon gegen Lebensmittel und andere Dinge vertauscht. Wieviel schlimmer sieht es bei den Familien aus, die auf Fürsorgeunterstützung angewiesen sind. Durch den bestehenden Preis- und Lohnstop ist es z. Zt. unmöglich, die Löhne zu erhöhen. Es ist uns bekannt, daß das Verhältnis zwischen Lohn und Preis sich in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert hat. Wenn wir aber heute trotzdem für Erhöhung der Fürsorgerichtsätze plädieren, dann bedeutet das manchmal auch, daß die Fürsorgerichtsätze in die unteren Lohnstufen einbrechen, daß es vorkommen kann, daß ein Mann, der arbeitet, weniger verdient, als wenn er durch die Fürsorge unterstützt würde. Der Fürsorgeausschuß hat sich davon leiten lassen, daß das kein Grund sein kann, den notleidenden Familien das ihnen Zukommende zu versagen. Der Fürsorgeausschuß bittet deshalb, die Richtsätze anzunehmen, und unterbreitet Ihnen folgenden

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen: 1. Die Richtlinien und Richtsätze für die Bemessung der Fürsorgeleistungen vom 22. 7. 1947 werden mit Wirkung vom 1. 8. 1947 für den Landkreis Bielefeld für verbindlich erklärt. 2. Bei Errichtung der Auffanggrenze ist jedoch ein Stundenlohn von —.85 RM. bei 200 monatlichen Arbeitsstunden zugrundezulegen. 3. In laufenden Fürsorgefällen darf eine Kürzung der Unterstützung nicht eintreten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Landrat Baurichters Abschiedsbericht

Punkt 2: Amtsniederlegung des bisherigen Landrates.

Landrat Baurichter: Die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 4. 8. einstimmig beschlossen, mich zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Düsseldorf zu ernennen. Am 11. August ist mir die Ernennungsurkunde in einer Kabinettssitzung vom Ministerpräsidenten Arnold ausgehändigt worden. Am gleichen Tage habe ich die Geschäfte des Regierungspräsidenten in Düsseldorf übernommen. Ich habe den stellvertretenden Landrat, Herrn Direktor Kunze, gebeten, die heutige Kreistagssitzung einzuberufen, um Ihnen hiervon Mitteilung zu machen und gleichzeitig zu erklären, daß ich mit dem heutigen Tage den Vorsitz im Kreistag und damit mein Amt als Landrat des Landkreises Bielefeld niederlege. Es wird Ihre Aufgabe sein, wie es Ziffer 3 der heutigen Tagesordnung vorsieht, im Anschluß an diese Erklärung einen neuen Landrat zu wählen, der nach dem geltenden deutschen Gemeinderecht Kreistagsmitglied sein muß und den Vorsitz im Kreistag führt. Nach demokratischem Brauch wird die stärkste Fraktion, d. h. die sozialdemokratische mit 30 von 45 Sitzen, den neuen Landrat stellen.

Wenn ich heute aus diesem mir lieb gewordenen Amt scheide, um nach Düsseldorf zu gehen, so folge ich dabei nicht dem Zuge des Herzens. Ich lege Wert darauf, vor Ihnen als den gewählten Vertretern der gesamten Bevölkerung des Landkreises Bielefeld zu erklären, daß ich mich um den Posten des Regierungspräsidenten nicht beworben habe und die Berufung nach Düsseldorf nicht angenommen haben würde, wenn der Landrat noch oder bereits wieder wie in der bewährten Kreisverfassung vor 1933 die Stellung des hauptamtlichen leitenden Beamten hätte. Ich bin also sozusagen

ein Opfer der neuen deutschen Gemeindeordnung von 1946

geworden, die uns von der Besatzungsmacht für die britische Zone auftoktroyiert worden ist. Diese in der britischen Zone geltende Gemeindeordnung ist nach ihrem Vorspruch als erstes Stadium zur Schaffung völlig demokratischer Einrichtungen anzusehen. Sie ersetzt das Führerprinzip durch das Prinzip gemeinschaftlicher Verantwortung, indem sie die Befugnisse der öffentlichen Verwaltung, die im dritten Reich in einer einzelnen Person vereinigt waren, auf eine Gruppe von Personen überträgt, die als Vertreter der Bevölkerung gewählt wurden.

Es besteht zwischen uns und der Militärregierung vollste Uebereinstimmung darüber, daß wir an Stelle des autoritären Prinzips der nationalsozialistischen Gemeindeordnung von 1935, die das Wahlrecht der Bürgerschaft abschaffte, das Beschlußrecht der Ratsherren beseitigte und dafür das Mitbestimmungsrecht des Beauftragten der NSDAP. einführte,

eine Gemeindeordnung, die auf demokratischen Prinzipien aufbaut,

brauchen. Hierüber kann es überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten geben. Es ist daher eine Verkennung dieser Situation englischerseits, wenn man für leitende Ehrenbeamte und hauptamtliche Beamte, also für Landräte, Oberbürgermeister, Oberkreis- und Oberstadtdirektoren Kurse veranstaltet mit der Tendenz, uns zu bekehren und uns aus autoritären Saulussen in demokratische Paulusse zu verwandeln. Die heute führenden Männer der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung brauchen keinen politischen Konvertikenunterricht; sie sind fast ohne Ausnahme Demokraten, die nicht nur vor 1933 bereits eine jahre- und jahrzehntelange demokratische Praxis hatten, sondern die gerade wegen ihrer demokratischen Ueberzeugung politischen Anfeindungen und Verfolgungen im dritten Reich ausgesetzt waren.

Soweit daher zwischen uns und den Auffassungen der Militärregierung keine volle Uebereinstimmung besteht, handelt es sich nicht um Grundsätze, sondern um die Art ihrer Durchführung, also um technische Fragen. Ob beispielsweise

die Verwaltung eingleisig oder zweigleisig

sein soll, d. h. ob der Landrat im Sinne des alten deutschen Rechts oder der Doppelkopf von Landrat und Oberkreisdirektor nach englischem System den Vorzug verdient; ist keine demokratische Prinzipienfrage, sondern sollte ausschließlich nach Zweckmäßigkeitspunkten beurteilt und entschieden werden. Wir würden es begrüßen, wenn die englische Regierung sich in dieser Beziehung zu den gleichen Grundsätzen bekennen würde, wie die Regierung der Vereinigten Staaten. Diese hat den Militärgouverneur der amerikanischen Zone, General Clay, gleichfalls angewiesen, die Entwicklung einer demokratischen Selbstverwaltung in Deutschland zu fördern. Sie hat aber dieses Ziel in Ziffer 60 der neuen Richtlinien für General Clay näher umschrieben und wörtlich erklärt: „Ihre Regierung will Deutschland nicht ihre eigenen geschichtlich entwickelten Formen der demokratischen und gesellschaftlichen Ordnung aufzwingen und ist insbesondere fest davon überzeugt, daß ihm keine anderen fremden Formen aufgezwungen werden sollten." Das ist eine ausgezeichnete und klare Anordnung der amerikanischen Regierung, die der demokratischen Entwicklung in Deutschland förderlicher sein wird als irgendwelcher Uebereifer mit dem manche Stellen

Wohnungsnotprogramm 1946.

Es wird nochmals auf die kürzlich erfolgte Bekanntmachung über die Einreichung der Kriegsschädenansprüche aus dem Rechnungsjahr 1946 hingewiesen. Die Unterlagen sind bis spätestens 15. 9. 1947 im Kriegsschädenamt — Wertherstr. 3 — einzureichen. Spätere Eingänge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Helft unserer Jugend.

Die Papiernot ist so groß, daß unsere Schuljugend seit langem nicht mehr mit dem dringendsten Bedarf an Papier für schriftliche Arbeiten versorgt werden kann. Im Einvernehmen mit der Militärregierung beabsichtigt die Stadt, sofort eine Altpapiersammlung durchzuführen, da eine Rückgabe in Höhe von 40 Prozent der abgelieferten Menge in neuem Papier erfolgt. Diese Höhe der Rückgabe bleibt nur in Kraft bis zum 30. September. Daher ist Eile geboten. Die Sammlung soll möglichst bald nach Beendigung der Ferien durchgeführt werden. Alle Bürger Bielefelds werden herzlich gebeten, verfügbares Papier aufzusparen und bereit zu halten. Laßt unserer Jugend, die so vieles entbehren muß, Hilfe zukommen, die vielfach nicht mehr kostet, als eine kleine Mühe und einigen guten Willen!

Druckgenehmigungen.

Im Lande Nordrhein-Westfalen werden Druckgenehmigungen und die Genehmigung von Drucksachen allein vom Landeswirtschaftsministerium und PR/ISC Regional Staff 714 HQ CCG (BE) in Düsseldorf erteilt.

Stadt Bielefeld — Hauptamt —.

in der britischen Zone bemüht sind, geschichtlich entwickelte Formen der englischen Selbstverwaltung schematisch und gegen unseren Willen auf die andersartigen deutschen Verhältnisse zu übertragen.

Wir werden selbstverständlich alles tun, um durch gründliche Vergleiche der deutschen und englischen Selbstverwaltung etwaige Mängel unseres Systems zu erkennen und die Wirksamkeit unserer Selbstverwaltungseinrichtungen zu erhöhen. Zweifellos sind Studienreisen deutscher Kommunalpolitiker und leitender Kommunalbeamter nach England zu diesem Zwecke ebenso erwünscht, wie unmittelbare Aussprachen zwischen englischen und deutschen Fachleuten der Selbstverwaltung. Es muß sich aber dabei um ernsthafte sachliche Diskussionen handeln, bei denen man auf Seiten der deutschen Teilnehmer immerhin einige Vorkenntnisse voraussetzen darf. Wenn die englische Demokratie ihre Oberstadtdirektoren und gewählten Mitglieder der Vertretungen als „innere Missionare" zu uns schickt, um für die Landräte, Oberbürgermeister und leitenden hauptamtlichen Beamten

eine Art politischen Kindergottesdienst

abzuhalten, so werden derartige Veranstaltungen den gewollten Zweck nicht erreichen.

Noch ein zweiter Gesichtspunkt ist zu beachten, wenn die Kurse zum vergleichenden Studium der englischen und deutschen Selbstverwaltung Erfolg haben sollen: Soweit Berichte bekannt werden, wonach von sachverständigen Engländern selbst Kritik geübt wird an dem dortigen System der lokalen Selbstverwaltung, sollte man dagegen nicht argumentieren, wie es der stellvertretende Londoner Oberstadtdirektor tat, daß diese Personen am Abend zuviel gegessen und getrunken hätten und am nächsten Tage, weil Galle und Leber nicht funktionierten, in übler Laune ihre Unzufriedenheit über die englischen Verhältnisse äußerten. Solche Argumentation bedeutet eine Diffamierung der Personen und eine Vereinfachung der Probleme, die uns nicht überzeugen kann.

Es ist Tatsache, daß die geschichtlich gewordenen Formen der englischen Selbstverwaltung in England selbst stark umstritten sind und als änderungsbedürftig gelten. Die lokale Selbstverwaltung ist weitgehend dadurch unterhöhlt worden, daß ihre Zuständigkeiten in erheblichem Maße auf die Zentralregierung übergegangen sind, die in wachsendem Maße die lokale Verwaltung kontrolliert und beaufsichtigt.

Der Oberkreisdirektor von Wesel hat in der ersten Nummer der „Selbstverwaltung", der neuen Zeitschrift des deutschen Landkreistages, einen Aufsatz über diesbezügliche

Eindrücke von einem sechswöchigen Besuch in England

veröffentlicht, der in weiten Kreisen Aufsehen erregt hat. Nach seinem Bericht wird die Verwaltungskontrolle der Gemeinden in erster Linie durch eine sehr eingehende durchgreifende Finanzaufsicht durchgeführt. Ein großer und qualifizierter Stab von Inspektoren reist ständig im Lande umher, um die Finanzgebarung der Gemeinden und Kreise zu kontrollieren. Soweit die Zentralregierung auf Grund seiner Empfehlungen finanzielle Zuschüsse an die lokalen Behörden gibt, behalten sich die Ministerien ein weitgehendes Aufsichts- und oft auch Mitbestimmungsrecht vor. Neben der Finanzaufsicht wird durch sonstige Inspektoren eine umfassende Kontrolle ausgeübt. Ob es daher richtig ist, das bewährte System der stationären deutschen Kommunalaufsicht durch dieses sozusagen ambulante System der staatlichen Inspektorate und Finanzzuschüsse nach englischer Art zu ersetzen, bedarf zum mindesten einer sehr sorgfältigen Prüfung.

Die Vorstellungen von der lokalen Selbstverwaltung,

wie sie z. B. der Bielefelder Oberbürgermeister in verschiedenen Veröffentlichungen vertritt unter Berufung auf England und unter Hinweis auf Hugo Preuß und andere Schriftsteller, mögen theoretisch sehr schön sein, aber hart im Raum der Praxis stoßen sich auch hier die Dinge. So richtig der Grundgedanke ist, daß ein gesunder Aufbau der Staatsverwaltung nur möglich ist auf dem Unterbau einer demokratischen gemeindlichen Selbstverwaltung, so lebensfremd und gefährlich ist die dogmatische Ueberspitzung und Ueberspannung solcher Gedankengänge. Eine Dezentralisierung, wie sie hier gefordert wird, die jedes Befehls- und Weisungsrecht staatlicher Organe ablehnt, bedeutet letzten Endes die Bildung autonomer Stadtstaaten. Dieser Weg würde nicht nur in die Irre führen und unsere Lage noch weiter verschlechtern, sondern es würde noch das bißchen Staatlichkeit, das uns noch geblieben ist, dabei vor die Hunde gehen.

Ich möchte diese kritischen Betrachtungen zur Frage des Verwaltungsaufbaues, zu denen der heutige Landratswechsel Veranlassung gibt, nicht abschließen, ohne noch ein kurzes Wort über

die Stellung des Landrats

selbst zu sagen. Es geht dabei um die Frage, ob die Zweiteilung: Landrat-Oberkreisdirektor wieder abgeschafft werden soll, um eine Krise in der Kommunalverwaltung, zu der die heutige Gemeindeordnung zwangsläufig führen muß, zu vermeiden. Es gibt nur ein Argument, mit dem die Befürworter des englischen Systems in Deutschland überzeugen können, nämlich: daß sie es praktisch anwenden. Das tun viele der Fürsprecher der neuen Gemeindeordnung in vielen Punkten nicht. Sie sitzen als Landräte und Oberbürgermeister in Aufsichtsräten, in Sparkassenvorständen, sie leiten die städtischen Pressestellen, sie unterstellen sich die Rechnungsprüfungsämter, sie geben den hauptberuflichen Beamten Aufträge und greifen in die Exekutive ein, sie haben Dienstzimmer und Dienstwagen und üben ihr Ehrenamt hauptberuflich aus — alles Handlungen, mit denen sie gegen Buchstaben und Geist derselben Gemeindeordnung verstoßen, für die sie sich publizistisch einsetzen, obwohl sie praktisch undurchführbar ist. Diese Herren sind, indem sie ihr Amt mit soviel Macht ausstatten, nicht, wie es die Gemeindeordnung verlangt, Erste unter Gleichen, sondern nehmen als Vorsitzende der Vertretungen Sonderrechte in Anspruch, die ihnen die Gemeindeordnung nicht gibt. Natürlich haben diese Verstöße einen guten Grund. Die deutsche Gemeindeordnung macht den Fehler, daß sie

das Führerprinzip sozusagen dividierend abschafft,

d. h. mechanisch beseitigen will, statt es organisch zu überwinden. Da in der Zusammenfassung der Zuständigkeiten in einer Hand eine gefährliche Konzentration der Macht erblickt wird, sollen statt eines Mannes 40 oder 50 Räte regieren. Das ist im Prinzip sehr schön. Bei den Aufgaben, vor die uns die gegenwärtige krisenhafte Situation, die Wohnungs- und Flüchtlings-, Ernährungs- und Brennstoffsorgen und viele andere Nöte täglich stellen, bei denen es oft um Entscheidungen geht, die unverzüglich auf der Stelle getroffen werden müssen, können nicht erst 50 Ratsmitglieder zu einer Beschlußfassung zusammentreten. Der Leiter der Verwaltung muß diese laufenden eiligen und wichtigen Angelegenheiten selbst entscheiden, unbürokratisch, mit dem Mut zum Handeln und zur Verantwortung soweit möglich nach Anhören eines kleinen ständigen Ausschusses. Diese Entscheidungen kann natürlich nicht ein unverantwortlicher Berufsbeamter treffen, sondern nur der verantwortliche Oberbürgermeister oder Landrat. Der Oberkreisdirektor von Wesel weist in dem Bericht über seine England-Reise mit Recht darauf hin, daß die Verwaltung in allen Stufen so kompliziert geworden ist, soviel Sachkenntnis und Aufwand an Zeit verlangt, daß ein ehrenamtliches Ratsmitglied, welches einem normalen Berufe nachgehen muß, im allgemeinen nicht in der Lage ist, seinen öffentlichen Funktionen in dem notwendigen Umfange nachzukommen. Während das in England zu einer Verlagerung des Schwergewichts auf die zuständigen Berufsbeamten geführt hat, ohne daß diese eine entsprechende Verantwortung tragen, haben in Deutschland in der britischen Besatzungszone die Landräte und Oberbürgermeister das Tauziehen gewonnen und ihre Machtstellung in vielen Fällen auf Kosten der Bürokratie ausgebaut. Daß bei diesem Nebeneinander und Gegeneinander infolge der

unklaren Abgrenzung der Befugnisse

in mancher Hinsicht Doppelarbeit, doppelter Zeitaufwand und doppelte Kosten entstehen, daß selbst bei besten persönlichen Beziehungen zwischen Landrat und Oberkreisdirektor, wie sie in unserem Kreise erfreulicherweise immer bestanden haben, die gegenwärtige Gemeindeordnung zu Mißverständnissen und Reibungen führt, hat Oberstadtdirektor Kaeßler von Oberhausen in seinen soeben veröffentlichten „Kritische Betrachtungen zur Gemeindeordnung" überzeugend nachgewiesen. Wenn aber die heutigen komplizierten Verhältnisse verlangen, daß der Landrat und Oberbürgermeister sein Ehrenamt nicht nebenamtlich, sondern hauptberuflich ausübt, wie es in zahlreichen Kreisen unter Durchbrechung der Grundsätze der Gemeindeordnung heute geschieht, darunter auch durch den Oberbürgermeister und den Landrat in Bielefeld, dann ergibt sich die Frage: Wer kann es sich unter diesen Verhältnissen finanziell leisten,

ehrenamtlich, d. h. unbezahlt, und trotzdem hauptberuflich

als Landrat oder Oberbürgermeister tätig zu sein? Offenbar nur derjenige, der entweder vermögend oder als selbständiger Gewerbetreibender wirtschaftlich genügend unabhängig ist, oder derjenige, der jemand findet, der ihn dafür bezahlt. D h. in vielen Fällen: Der Landrat muß irgendeiner Stelle ein arbeitsloses Einkommen beziehen, damit er als Landrat eine einkommenlose Arbeit leisten kann! Und wenn eines Tages diese anonyme Stelle ihm das Geld nicht mehr zahlt, muß er sein Ehrenamt aufgeben und demissionieren. Das bedeutet, daß nicht die Vertretung als zuständiges Organ der Selbstverwaltung, sondern eine außerparlamentarische, unkontrollierbare und unverantwortliche Instanz den Landrat stürzt und eine Neuwahl erzwingt. Ist das die vielgerühmte Selbstverwaltungsdemokratie? Mir scheint im Gegenteil, daß dieses System des 19. Jahrhunderts, von allen anderen Mängeln abgesehen, sehr bedenklich kapitalistische Züge trägt und keinen Fortschritt, sondern einen erheblichen Rückschritt gegenüber unserem bewährten deutschen System bedeutet.

Diese Ueberzeugung setzt sich immer mehr durch, und zwar auf beiden Seiten, bei den ehrenamtlich wie bei den hauptamtlich tätigen Männern der Kommunalverwaltung. Landrat Treibert, Vorsitzender des Deutschen Landkreistages, der Spitzenorganisation der Landkreise der drei westlichen Besatzungszonen, erklärt zu diesem englischen System: „Die Gewaltenteilung zwischen dem nur noch dekorativen Landrat als Vorsitzenden des Kreistages und dem bürokratischen Oberkreisdirektor als der entscheidenden Figur in der Kreisverwaltung halte ich für die deutschen Verhältnisse für unzweckmäßig und unserem demokratischen Empfinden widersprechend." Auch der Oberstadtdirektor von Oberhausen kommt in seiner schon erwähnten Schrift zu dem Schluß: „Entweder muß sich der Bürgermeister auf die politische Repräsentation beschränken und dem Verwaltungsleiter die Fortführung der laufenden Geschäfte einschließlich der rechtlichen Vertretung der Gemeinde nach außen überlassen, oder er muß außer der politischen Repräsentation die gesamte Exekutive übernehmen. Im letzteren Falle wäre weder für einen nebenberuflichen Bürgermeister noch für einen besonderen Verwaltungsleiter Platz." Oberkreisdirektor Kaeßler schlägt daher seinerseits die Abschaffung der Zweigleisigkeit vor und fordert

eine neue Gemeindeordnung,

in der die hauptberufliche Tätigkeit des Verwaltungsleiters — Oberbürgermeister und Landrat — wiederhergestellt werden soll. Inzwischen hat der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Menzel, den Entwurf einer Kreisordnung vorgelegt, die den hauptamtlichen Landrat wieder einführt. Es ist zu hoffen, daß dieser Entwurf vom Kabinett und Landtag angenommen und von der Militärregierung genehmigt wird. Dann kann nach einer kurzen Uebergangszeit an Stelle des ehrenamtlichen Landrats, den Sie heute wählen, wieder ein hauptamtlicher Landrat zum Leiter der Kreisverwaltung Bielefeld bestellt werden. Ich bin überzeugt, daß auch die englischen Kontroller, wenn sie so lange hier bleiben, dann eines Tages in ihren Berichten dieses deutsche System als dasjenige empfehlen werden, das für die heutige Zeit mit ihren beispiellosen Nöten und Aufgaben besser geeignet ist als das überlieferte und reformbedürftige englische System.

Der neue Landrat, den Sie heute wählen werden, übernimmt ein schweres Amt, zu dessen erfolgreicher Führung er Ihrer vollen Unterstützung bedarf. Ich selbst trete mit nicht geringeren, wahrscheinlich größeren Sorgen meinen neuen Posten als Regierungspräsident an, zu dessen Bezirk die großen Städte Düsseldorf, Essen, Duisburg, Wuppertal, Krefeld und viele andere, insgesamt 22 Kreise, gehören. Als ich nach Düsseldorf kam und dem kommandierenden Offizier der Bezirksmilitärregierung einen Besuch machte, hat er mich als erstes gefragt: „Wann werden Sie Ihre

Beziehungen zum Schwarzen Markt

hier in Düsseldorf aufnehmen?" Diese Frage

war scherzhaft gemeint, und meine Antwort lautete: „Die Beamten, auch die Regierungspräsidenten, verdienen nicht so viel Geld, daß sie sich Einkäufe auf dem Schwarzen Markt leisten können." Das gilt selbstverständlich erst recht für die große Masse unserer Arbeiter, Angestellten und den größten Teil des Mittelstandes. Viele dieser Menschen sind heute vor die Alternative gestellt, entweder zu hungern und am Ende zu verhungern, indem sie mit dem auskommen, was ihnen amtlich zugeteilt wird, oder sich satt zu essen, was nur möglich ist, wenn sie mehr oder weniger grob gegen die Bewirtschaftungsanordnungen verstoßen. Man kann, wenn man es überspitzt, diese gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiet der Ernährung auf die Formel bringen,

wer sich satt ißt, macht sich strafbar!

Daß dieser Zustand unerträglich ist und in kürzester Frist zur vollständigen Anarchie führen muß, dürfte jedem Deutschen und jedem Angehörigen der Militärregierung, soweit er die Dinge zu übersehen vermag, klar sein. Es wird insbesondere von englischer Seite viel getan für unsere demokratische Erziehung. Was nützt es aber, einem Volk das Evangelium der Demokratie zu predigen, das hungert und zum großen Teil nicht einmal das erhält, was ihm als Existenzminimum auf Marken zusteht. Schon Heine hat gesagt: „Im hungrigen Magen Eingang finden, nur Suppenlogik mit Knödelgründen." D. h. in Prosa und auf die heutigen politisch-pädagogischen Bemühungen bezogen:

Die Demokratie gedeiht am besten auf Weizenboden!

Wir haben die Parlamentsdebatten über die Wirtschaftskrise in England verfolgt und wissen, daß wir von dort wenig materielle Hilfe zu erwarten haben. Es kann auch nicht unsere Absicht sein, trotz Verzicht auf die nationalsozialistische Herrenvolk-Ideologie, vor den Türen Englands zu stehen und zu betteln. Das Ausland irrt, wenn es uns — abgesehen vom Kohlenklau — Mangel an Initiative vorwirft. Was soll Initiative nützen, solange die Mächte, die über unser wirtschaftliches und politisches Schicksal entscheiden, unter sich nicht einig sind über die Bedingungen und Grenzen, die für Deutschlands künftige wirtschaftliche Betätigung gelten sollen. Reparationen, Restitutionen, Demontagen sind die großen Unbekannten in der deutschen Wirtschaftspolitik. Ob ein Betrieb demontiert, also auf seine Kapazität in der deutschen Friedenswirtschaft verzichtet werden kann, hängt von dem endgültigen Industrieplan für die deutsche Wirtschaft beispielsweise von der Festsetzung der deutschen Stahl- und Eisenproduktion ab. Während im Altreich 1936 fast 20 Millionen Tonnen Rohstahl erzeugt wurden, erzeugt heute die englisch-amerikanische Zone nicht einmal 3 Millionen Tonnen im Jahre. Von den 40 Millionen Bewohnern der Doppelzone sind über die Hälfte Flüchtlinge und Ausgebombte, die dringend Haushaltsgeräte, Betten, Oefen, Fahrräder, Nähmaschinen usw. benötigen. Für diesen privaten Verbrauch steht heute ein Eisenkontingent von 8000 Tonnen im Quartal, also 2—3000 Tonnen monatlich für beide Zonen zur Verfügung, was dem früheren Verbrauch einer einzigen größeren Stadt entspricht. Gegenüber diesem wirtschaftlichen Sachverhalt ist jede lokale Verwaltung machtlos. Aber auch die zentralen deutschen Stellen vermögen im Augenblick den weiteren

Auszehrungsprozeß der deutschen Wirtschaft

nicht zu hindern. Wie unrationell wir heute wirtschaften, zeigen folgende Zahlen aus einer Denkschrift des Verwaltungsamts für Wirtschaft in Minden: Mit 60 Proz. der Kohle von 1936 werden nur 35 Proz der Produktion von 1936 erzeugt. Der Zechenselbstverbrauch ist von 84 kg je Tonne auf mehr als das Doppelte, nämlich 160—180 kg, gestiegen. Die Reichsbahn verbraucht statt 14 Tonnen Kohle 1936 heute 24—25 Tonnen je 1000 Lokkm. Der Kohleverbrauch für die Herstellung von 1000 Ziegeln ist von 250 kg 1936 auf durchschnittlich 560 kg gestiegen. Die Unterernährung vermindert die Arbeitsfähigkeit. Um einen Quadratmeter Mauerwerk zu erstellen, arbeiteten früher 2 Maurer und 1 Handlanger 1 Stunde, heute 6 Maurer und 12 Handlanger. Trotz aller Einzel-Hilfsaktionen bleiben alle Maßnahmen wirkungslos, solange nicht ein Gesamtplan als unteilbares Ganzes gleichzeitig und in ausreichendem Umfang durchgeführt wird. Hierzu gehören nach den Vorschlägen des Verwaltungsamts für Wirstchaft die vom bisherigen Verwaltungsrat für Wirtschaft der amerikanischen und britischen Besatzungszone gebilligt wurden, folgende Maßnahmen: 1. Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung der arbeitenden Bevölkerung, 2. Währungsreform im Zusammenhang mit einer Neuregelung der Steuergesetzgebung, 3. Ermöglichung ausreichender Importe an Rohstoffen und Produktionshilfsmitteln, 4. Sicherung einer ausreichenden Kohlenversorgung

Es wird die Aufgabe der lokalen Verwaltung sein, alles zu tun, um der Bevölkerung das

Durchhalten bis zum Wirksamwerden dieses Wirtschaftsplanes,

der hoffentlich im Frühjahr 1948 in Kraft treten wird, zu erleichtern. Nachdem infolge der zusammengebrochenen Geldordnung eine Flucht in die Sachwerte und damit eine Warenhortung eingesetzt hat, würde es eine große Hilfe bedeuten, insbesondere für die Kreise der Bevölkerung, die nicht kompensieren können, wenn schon vorher Maßnahmen durchgeführt würden, um den Verkaufswiderstand der Produzenten und Händler zu überwinden, und die gehorteten Waren beschleunigt dem Konsum zuzuführen. Mit polizeilichen Maßnahmen allein läßt sich dieses Ziel nicht erreichen. Es werden daher augenblich interessante Vorschläge geprüft, um bereits vor der Währungsreform eine

Beschleunigung des wirtschaftlichen Kreislaufs

zu gewährleisten.

Zu den Hauptsorgen des bevorstehenden Winters gehören die Hausbrandzuteilung. Es ist eine unabdingbare Forderung, daß dem Hausbrand ein angemessener Teil des Kohlekuchens zur Verfügung gestellt wird. Die verantwortlichen Stellen sind sich vollkommen darüber klar, daß jede Planung, die dem Hausbrandbedarf nicht eine höchste Priorität gibt, zum Scheitern verurteilt wäre, weil die Bevölkerung zur Selbsthilfe schreiten würde. Trotzdem erscheint mir nach den utopischen Zahlen von 6 Zentnern pro Kopf, die zuerst genannt wurden, auch die heute geplante Zuteilung von 10 bis 11 Zentnern je Haushalt nicht realisierbar. Wenn der Führer einer in diesem Hause nicht vertretenen Partei kürzlich erklärt hat, die Winterkohle müßte bis zum Herbst in den Kellern sein, so ist das demagogisch. Wer die wirtschaftliche Lage übersieht, muß wissen, daß diese Forderung undurchführbar ist. Die Kohlenversorgung ist nicht nur ein Förder-, sondern auch ein Transportproblem. Wir haben im Februar ds. Js., als Krankenhäuser, Schulen, Bäckereien usw. wegen Kohlenmangels geschlossen wurden, 800 000 Tonnen Kohlen auf die Halde nehmen müssen wegen fehlenden Transportraumes. Es besteht zwar Aussicht, daß

die Kohlenzuteilung in diesem Winter

um einige Grade besser sein wird als im vergangenen. Bisher ist aber eine nennenswerte Bevorratung mit Hausbrandkohle für den Winter in unserem Bezirk noch nicht erfolgt, angeblich wegen bevorzugter Belieferung der revierfernen Gebiete. Da aber 1 Zentner Kohlen im Keller besser ist als 5 Zentner, die zu Weihnachten versprochen werden, soll, um

Die Lebensmittelzuteilungen

in der Woche vom 1. 9. — 7. 9. 1947

Brot. Von der Brotration für Normalverbraucher für die 3. Woche sind 2500 Gramm vorgesehen. Wegen der angeordneten Nachlieferung der Restmenge aus der 2. Woche und zur Sicherung einer gleichmäßigen Versorgung werden zunächst nur 1500 Gramm aufgerufen. Die verbleibende Restmenge von 1000 Gramm wird noch nachträglich aufgerufen.

Der Brotabschnitt B der Karten 11, 21, 31 über 1000 Gramm Brot der 105. Zuteilungsperiode ist ab Donnerstag, den 28. August 1947, aufzurufen und zu beliefern.

Auslandsmehl und Nährmittelabschnitte. Die Nährmittelabschnitte N 2 und N 3 der Lebensmittelkarten 11—13, 21—23, 31—33 und die Nährmittelabschnitte N 3 und N 4 der Lebensmittelkarten Nr. 14—16, 24—26, 34—36 sind mit je 250 Gramm Auslandsmehl zu beliefern. Soweit der Kleinhandel noch über Bestände an Auslandsmehl aus früheren Zuteilungen verfügt, sind diese mit zu verausgaben. Die für die 3. Woche aufgerufenen Nährmittelabschnitte sind ausschließlich mit Auslandsmehl zu beliefern, so daß jeder Verbraucher 500 Gramm Auslandsmehl erhält. Infolge der Schwierigkeiten in der zurzeit durchgeführten Wasserversorgung (niedriger Wasserstand) muß jedoch mit einer Verzögerung der Auslieferung dieser Mengen bis in die 4. Woche der 105. ZP. gerechnet werden. Sofern in einzelnen Kreisen die Belieferung von Auslandsmehl nicht erfüllt werden kann, behalten diese aufgerufenen Abschnitte über Nährmittel mit Auslandsmehl bis zur restlosen Belieferung ihre Gültigkeit.

Speisekartoffeln. Auf den Abschnitt II der 2. Woche der 105. Zuteilungsperiode des Bezugsausweises für Speisekartoffeln für Personen über drei Jahre sind ab Donnerstag, 28. August 1947, 2000 Gramm Speisekartoffeln auszugeben.

Fleisch. In der 3. Woche der 105. Zuteilungsperiode dürfen die Abschnitte über Fleisch 2 der Lebensmittelkarten 12, 22, 13, 23 und Abschnitt 1 der Karten 14, 24 und 15, 25 mit je 100 Gramm Fleisch sowie alle Abschnitte der Zusatzkarten über Fleisch mit dem entsprechenden Mengenaufdruck der laufenden Woche der 105. Zuteilungsperiode beliefert werden

Fett und Butter. Es dürfen die Abschnitte 1 der Lebensmittelkarten Nr. 11 und die Abschnitte III der Lebensmittelkarten 12, 13, 14 und 15 sowie III b und IV a der Lebensmittelkarten 16 mit je 50 Gramm Butter beliefert werden. Die Abschnitte II der Lebensmittelkarten 34—36 sind mit 50 Gramm Butter zu beliefern. Die Abschnitte über Fett bzw. Butter der Zusatzkarten und der Berechtigungskarte M 70 sind entsprechend dem Wochenaufdruck zu beliefern.

Lebensmittelkarten für		Brot						Nährmittel			
		Aufr.-Ration	Kleinabschn. III	Großabschn. III	Versch. Großabschnitte III, IIIa IIIb je Mg. x	Nr. + Buchst.	je Meng.	Aufr. Ration	Kleinabschnitte St x	Kleinabschnitte N x	Großabschn. je
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Erwachsene	11, 21, 31	1500	10x50	—	500	II	500	500	o4x25	6x25	N2u3 250
Jugendliche	12, 22, 32	3000	—	1500	500	B	1000	500	o4x25	6x25	N2u3 250
Kinder	13, 23, 33	2500	—	1500	—	B	1000	500	o4x25	6x25	N2u3 250
Kleinkinder	14, 24, 34	1500	10x50	—	—	B	1000	500	o4x25	6x25	3uN4 250
Kleinstkinder	15, 25, 35	700	10x50	Zw 200	—	—	—	500	o4x25	6x25	N3u4 250
Säuglinge	16, 26, 36	1000	—	Zw IVa IVb 200	Zw200 —	L	200	500	o4x25	6x25	N3u4 250
Vollselbstvers. üb. 6 J.	41	—	—	—	—	—	—	—	o4x25	6x25	—
unter 6 Jahre	44	—	—	—	—	—	—	—	—	10x25	KStM250
Selbstversorgerbrotk.	47	3000	10x50	1500	500	S	500	—	—	—	—
Zus.-K. f. Normalarb.	N 60	400	8x50	—	—	—	—	—	—	—	—
Zus.-K. f. T-Schwerarb.	T 61	750	5x50	500	—	—	—	250	—	—	II 250
Zus.-K. f. Schwerarb.	S 62	1500	—	1000	500	—	—	500	—	—	2x II 250
Zus.-K. f. Schwersta.	Sst 63	2250	5x50	—	1000	—	—	750	—	—	3x II 250
Ber.-Karte für Mütter	M 70	500	—	500	—	—	—	750	—	—	3x II 250

Dieses wird auf Veranlassung des Landesernährungsamtes Westfalen bekanntgegeben.

Stadt Bielefeld **Kreis Bielefeld**
Ernährungsämter Abt. B.

einen Anfang zu machen, die bis jetzt angesammelte Kohle verteilt und jeder Haushalt mit 1 Zentner beliefert werden. Während wir bei Schlammkohlen den Stand der Versorgung im letzten Winter zu halten hoffen, wird die Belieferung mit Brennholz erheblich schlechter sein. Trotz größter Schwierigkeiten und passiven Widerstandes der Einschlagskreise wurden im vergangenen Winter im Kreisdurchschnitt 7½ Zentner Holz pro Haushalt verteilt. Für diesen Winter steht die endgültige Höhe und Verteilung der Umlage bis heute, Ende August, noch nicht fest. Die Einschlagskommandos sind zurückgerufen worden. Von Seiten der Kreisverwaltung und der Aemter sind aber alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen, um gegebenenfalls einen erhöhten Einschlag durchzuführen. Nachdem jedoch die höheren Dienststellen sich bis Ende August noch nicht über die endgültige Höhe der Umlage einigen konnten, wird ohne Verschulden der lokalen Verwaltung ein befriedigendes Ergebnis des Holzeinschlages leider nicht mehr rechtzeitig erreicht werden können. Neben dem Holzeinschlag wird, wenn auch mit großen technischen Schwierigkeiten und hohen Kosten, in diesem Jahre eine Stubbenrodungsaktion durchgeführt werden.

Trotz aller Nöte und Schwierigkeiten übt die britische Zone immer noch oder vielleicht sogar in zunehmendem Maße eine starke Anziehungskraft auf

Ostvertriebene und Flüchtlinge

aus. Ihre Zahl ist auf 20 000 im Landkreise gestiegen. Das Ende dieser Völkerwanderung von Osten nach Westen ist nicht abzusehen. Es sind uns in den letzten Monaten allein Hunderte von illegalen Schwarzgängern zugewiesen worden. Der Kreis ist daher gezwungen gewesen, zunächst 2 (Jöllenbeck und Heepen) und nunmehr ein drittes Auffanglager in Brackwede einzurichten. Dazu kommen rückkehrende Internierte aus Dänemark, Auslandsdeutsche, Deutsche aus Holland und andere. Neuerdings sind 800 ehemalige Dienstgruppenangehörige, die im Landkreise Bielefeld kaserniert waren, aus der Gefangenschaft entlassen und in ein ziviles Arbeitsverhältnis überführt worden. Allen diesen Dienstgruppenangehörigen mußte Zuzugsgenehmigung für den Landkreis erteilt werden, jedoch unter Beschränkung auf ihre bisherigen Dienstgruppenunterkünfte und ohne Zuzugsgenehmigung für die Familie der ehemaligen Dienstgruppenangehörigen. Daß diese Entscheidung manchmal unmenschlich hart ist, und insbesondere den Betroffenen so erscheint, ist am bedrückendsten für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung im Wohnungs- und Flüchtlingsamt, die in vielen Fällen persönlich helfen möchten, wo sie aus dienstlichen Gründen nicht helfen können und dürfen. Auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Wohnungsausschüsse verlieren auf die Dauer die Freude an ihrer Arbeit, wenn sie sehen müssen, daß die

Wohnungsbeschlagnahme eine Schraube ohne Ende

ist. Auf der anderen Seite wächst der Widerstand der immer enger zusammengedrängten Stammbevölkerung und der bereits früher eingewiesenen Vertriebenen gegen weiteres Zusammenrücken. Die Beschwerdefälle häufen sich, und es wird notwendig sein, eine oder zwei weitere Schlichtungsstellen neben der bisher bestehenden einzurichten. Auch eine einheitliche Verfahrensordnung, die für die Schlichtungsstelle bisher nicht besteht, ist dringend erwünscht.

Wenn uns im Zusammenhang mit Wohnungsstreitigkeiten gelegentlich mit der Militärregierung gedroht wird, möchte ich darauf hinweisen, daß für Wohnungsangelegenheiten ausschließlich die deutschen Dienststellen zuständig sind. Ich bin überzeugt, daß in besonders schwierigen Streitfällen auch mein Nachfolger sich persönlich einschalten wird. Es ist aber zu bedenken, daß jedes Entgegenkommen gegenüber neuen Schwarzgängern eine Härte für die ansässige Bevölkerung und die bereits früher aufgenommenen Vertriebenen bedeutet.

Was möglich war, um den Vertriebenen zu helfen, ist getan worden sowohl von der Verwaltung wie seitens der Bevölkerung, die im Landkreis Bielefeld einschließlich der Bodelschwingh'schen Anstalten in der caritativen Arbeit immer Hervorragendes geleistet hat. Das hat sie auch durch das Aufkommen der

Sammlung für Kriegsopfer und Schwerbeschädigte,

mit dem der Landkreis Bielefeld an der Spitze der Provinz stand, erneut unter Beweis gestellt. Es sind fast ¼ Mill. RM. bei der ersten Sammlung aufgekommen, von denen 20 000 RM. für zentrale Zwecke abzuführen waren. Unmittelbar verteilt wurden aus erster Ausschüttung in rund 12 000 Fällen fast 100 000 RM., und zwar je 50 RM. für den Haushaltungsvorstand und zusätzlich 20 RM. für jeden Angehörigen. Eine zweite Ausschüttung, bei der die Sätze, um eine Reserve zu behalten, 35.— und 15.— RM. betragen, ist für sofort vom Hilfsausschuß für die Kriegsopfer und Schwererwerbsbeschränkten beschlossen worden. Ueber die derzeitige

Gesundheitslage im Landkreis Bielefeld

kann berichtet werden, daß sie unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse als befriedigend zu bezeichnen ist. Eine bedenkliche Erscheinung ist allerdings die starke Zunahme der Lebensmittelzulagen für ambulante Kranke. Ihre Zahl ist seit September 1946, also in einem Jahre, um über 100 Prozent gestiegen. Auch die Tatsache, daß unter den Diakonen und Diakonissen der von Bodelschwinghschen Anstalten 95 Tuberkulose-Fälle zu verzeichnen sind, muß als alarmierender Hinweis auf die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung gelten.

Ich darf am Ende meiner Amtszeit als Landrat feststellen, daß die Arbeit trotz chaotischer Verhältnisse mir Freude gemacht und Befriedigung gegeben hat. Ich danke meinen Mitarbeitern in der Kreisverwaltung, an ihrer Spitze Herrn Oberkreisdirektor Schütz, für die kameradschaftliche Unterstützung. Es hat in unserer Zusammenarbeit keinerlei Mißtrauen gegeben. Ich glaube, daß alle Mitarbeiter gern zum Dienst gekommen sind und mit Föhlichkeit ihre Pflicht getan haben. Ich danke den Mitgliedern des Kreistages, daß sie ein Beispiel gegeben haben für sachliche politische Arbeit, die nicht das Trennende, sondern das Verbindende suchte und die miteinander statt gegeneinander die politischen Parteien zum Erfolg geführ hat. Ich danke der Bevölkerung des Kreises für das Vertrauen, das sie mir während meiner Amtsführung geschenkt und auch jetzt anläßlich meines Ausscheidens noch einmal in zahlreichen Briefen bestätigt hat. Ich danke den Gewerkschaften und Betriebsräten und allen meinen engeren politischen Freunden für die vielen und herzlichen Beweise guter Kameradschaft. Ich danke dem stellvertretenden Landrat, Herrn Direktor Kunze, für das gute Einvernehmen, das zwischen uns immer, auch in Zeiten der Wahlkämpfe, bestanden hat aufgrund des gemeinsamen Willens zu sachlicher politischer Arbeit aus christicher Verantwortung.

Am Schluß möchte ich auch der Militärregierung ein Wort des Dankes sagen. Ich bin

nicht immer ein bequemer Landrat gewesen.

Aber ich brachte den Willen mit zu ehrlicher Zusammenarbeit. Nur durfte es keine Zusammenarbeit sein, die irgendwelche deutsche Rechte preisgab. Ich habe deshalb zu jeder Zeit freimütig und ungeschminkt meine Meinung geäußert, wo es das Interesse der deutschen Bevölkerung verlangte, einerlei, ob ich mich damit beliebt oder unbeliebt machte. Im übrigen habe ich so gehandelt, wie ich annehme, ein patriotischer Engländer gehandelt hätte, wenn die deutschen Truppen England besetzt haben würden. Ich glaube, daß diese Haltung verstanden worden ist. Ich danke Herrn Oberst Mac Olive und ganz besonders dem Kreisresidenzoffizier, Herrn Oberst Reeve, dafür, daß sie mir diese Freiheit gelassen und vielleicht gerade damit das beste Beispiel für die Erziehung zur Demokratie gegeben haben. Schließlich ist auch der Grundsatz „Führer, befiehl, wir folgen!" nicht deshalb beseitigt worden, um ihn zu ersetzen durch den Sprechchor: „Militärregierung befiehl, wir folgen!" Es hat im dritten Reiche Leute gegeben, die immer „direkt von der Partei" kamen und die heute wieder vorgelassen werden wollen mit der Begründung, daß sie direkt von der Militärregierung kommen. Ihnen kann man nur raten, dort hinzugehen, wo sie hergekommen sind.

Und nun möchte ich zum Schluß dem neuen Landrat und der Kreisverwaltung auch für die Zukunft eine erfolgreiche und gesegnete Arbeit wünschen. Ich denke noch einmal an die

Arbeit, die ich zurücklasse:

das Kinderheim auf Norderney, das soweit hergerichtet ist, daß noch in diesem Herbst die erste Gruppe von erholungsbedürftigen Kindern dort einziehen kann. Ich denke an die fünf Altersheime für die Ostvertrebenen, und ich denke an die künftige Arbeit des neuen Kreiswiesenbaumeisters und an die Ausführung der Siedlungspläne, über die uns der Kreisbaurat Dr. Widmann in einer Sitzung verschiedener Kreistagsausschüsse kürzlich so interessant berichtet hat. Ich hoffe, daß sich alle diese Arbeiten zum Segen des Landkreises Bielefeld auswirken mögen. Mit diesem Wunsch gebe ich das Amt des Landrats nun zurück und bitte Sie, Herr Direktor Kunze, als mein Stellvertreter den Vorsitz zu übernehmen.

Abschiedswünsche an Landrat Baurichter

Stellv. Landrat Kunze begrüßte zunächst noch den Herrn Regierungspräsidenten Drake und führte dann aus: Ich habe heute den Auftrag, Ihnen, Herr Regierungspräsident Baurichter, den Dank des Kreistages und damit auch der gesamten Bevölkerung des Landkreises Bielefeld zu sagen. Wie stark Sie sich in Ihrem Amt eingesetzt haben, seitdem Sie im Februar des vergangenen Jahres von der Militärregierung eingesetzt und im Oktober des gleichen Jahres in der ersten Sitzung des gewählten Kreistages einstimmig in Ihrem Amt von uns bestätigt wurden, beweist die Tatsache, daß ich erst bei Ihrem Ausscheiden Gelegenheit bekommen habe, Sie zu vertreten. Das ist immerhin rein äußerlich gesehen ein Zeichen, mit welch unermüdlichem Opfer an Zeit, Kraft und Gesundheit Sie sich für Ihr Amt und damit als unser Vertrauensmann und als Vertreter der Bevölkerung des ganzen Landkreises eingesetzt haben. Ihre heutige Abschiedsrede war wiederum ein Beweis für die Auffassung, die Sie vom Amte des Landrats in seiner jetzigen Gestalt und Form haben. Sie haben auf der einen Seite erwähnt und dargestellt, welche Fülle von akuten Aufgaben angefaßt werden mußte, welche Fragen gestellt waren innerhalb unserer eigenen kommunalen Belange. Aber Sie haben auch heute wieder unser aller Blick auf das Grundsätzliche und über die Arbeit dieses Kreistages hinaus Wegweisende für die Arbeit der Selbstverwaltung in unserem ganzen deutschen Volk und Vaterland hingewiesen. Ich glaube, daß Sie mit dieser Art, über die Arbeit des Alltags hinweg den Blick auf das Ganze zu richten und mit der Art, mit der Sie in allen Ausschüssen immer gearbeitet haben, uns

ein Lehrmeister der Demokratie

und Lehrmeister echter kommunalpolitischer Arbeit gewesen sind. Sie haben mit Recht betont, daß hier im Kreistage ausnahmslos alle Mitglieder sich bemüht haben, nicht das Trennende, nicht das Parteipolitische in den Vordergrund zu stellen, sondern miteinander nach den Aufgaben zu fragen, zu deren Lösung wir gewählt sind. Unsere Bevölkerung verlangt von uns keine parteipolitischen Reden im Kreistag, sondern sachliche Arbeit, und Sie haben unter voller Wahrung Ihrer politischen, in langen Jahren erworbenen Ueberzeugung uns gezeigt, wie man als Landrat einen Kreistag und einen Kreis führt. Dafür danken wir Ihnen ohne Unterschied irgendeiner parteilichen Bindung, wie wir mit Ihnen ja auch ohne Unterschied irgendeiner parteilichen Bindung in den 1½ Jahren zusammengearbeitet haben. Das darf ich ganz offen aussprechen: Sie hinterlassen eine Lücke, die schwer zu füllen ist. Sie haben durch Ihre Art der Auffassung Ihres Amtes ja ein lebendiges Beispiel dafür gegeben, daß man eigentlich nicht ehrenamtlicher, nebenamtlicher Landrat sein kann bei der unerhörten Fülle der Aufgaben und der Not, in der wir uns befinden. Ich habe einmal ausgerechnet, daß Sie mindestens zwei Drittel bis drei Viertel Ihrer ganzen Zeit und Kraft, die mit einem achtstündigen Arbeitstag niemals rechnen durfte, Ihren Aufgaben als Landrat gewidmet haben. Daß Sie uns nicht erhalten bleiben dürfen, war wohl, glaube ich, den meisten von uns seit langer Zeit klar. Daß aber die Stunde des Abschieds so schnell kommen würde, das hatten wir wiederum nicht vermutet. Uns allen, die wir mit Ihnen gearbeitet haben, tut es von Herzen leid, daß Sie uns verlassen. Und wenn ich an Ihr neues großes Aufgabengebiet denke, welches mich deshalb besonders interessiert, weil Sie nun in meiner eigentlichen Heimat Regierungspräsident sein werden, dann weiß ich, wie unerhört schwer die Aufgaben sein werden und die Fragen, zu deren Lösung Sie berufen sind. Namens des Kreistages und namens der gesamten Bevölkerung des Landkreises darf ich Ihnen daher den Dank aussprechen und Ihnen den Wunsch mitgeben, daß Sie in Ihrem neuen Amt in Gesundheit und Frische und mit Erfolg den Dienst tun können, den Sie von Herzen gern tun möchten, so daß Sie

einer der Garanten für den Wiederaufbau unseres Volkes

in seiner alten Kultur sind, trotz der Not der Zeiten durch die Not der Zeiten hindurch nicht den Mut verlierend, sondern vorwärts schauend und auch in echt demokratischem Sinne vorwärts führend.

Oberst Reeve: Ich danke dem Kreistag vielmals für seine Aufforderung an mich, zu dieser besonderen Gelegenheit zu sprechen. Es ist ja jetzt eine der Hauptaufgaben eines Kreis-Residenz-Offiziers, die deutsche Verwaltung bei der Erfüllung ihrer täglichen Aufgaben nach demokratischen Richtlinien anzuleiten. Um dies tun zu können, ist es notwendig für ihn, gute Beziehungen mit dem Kreistag, den Amts- und Gemeindevertretungen sowie den Verwaltungsbeamten herzustellen und ihr Vertrauen zu erlangen. Er muß auch bereit sein, ein wohlwollendes Gehör und Rat für die vielen Probleme zu geben, welche ein Land überschwemmen, das durch Krieg verwüstet wurde. Das ist keinesfalls eine so leichte Aufgabe wie es sich anhört, und es wäre unmöglich, sie auszuführen, wenn

Mitarbeit und guter Wille von der deutschen Seite

sich nicht zeigten. Es freut mich deshalb sehr, Ihnen sagen zu können, daß die Beziehungen zwischen mir, Herrn Baurichter und seinem Stab ausgezeichnet gewesen sind. Jedesmal, wenn ich Ihre Mitarbeit und ihr Verständnis benötigte, wurde mir dieses zuteil, es gab nur geringe Reibungen zwischen uns, und es tut mir leid, daß Herr Baurichter sich entschlossen hat, uns zu verlassen, um das Amt eines Regierungspräsidenten in Düsseldorf anzutreten, obwohl ich erkenne, wie wichtig es für die Zukunft Deutschlands ist, daß ein Amt dieser Art von einem Manne von Charakter und Lauterkeit bekleidet wird. Düsseldorfs Gewinn wird ein Verlust für den Landkreis Bielefeld sein. Es ist mir wohl bekannt, in welch hohem Ansehen Herr Baurichter im Landkreis Bielefeld bei den einfachen Männern und Frauen des Volkes steht, und ich weiß, daß sein Einfluß, Takt und Verständnis im Landkreis vermißt werden wird. Was die Zukunft anbetrifft, so hoffe ich, daß das Wohlwollen, welches zwischen mir und dem Landkreis sich gebildet hat, auch unter der Amtsführung des neuen Landrates beibehalten wird, dem ich hiermit ein herzliches Willkommen zurufe. Herrn Baurichter aber möchte ich sagen: Viel Glück, Lebewohl und „Ich danke Ihnen!"

Regierungspräsident Drake: Ich verliere hier in meinem Regierungsbezirk einen ausgezeichneten Landrat, den ich sehr geschätzt habe, und ich gewinne einen lieben, gewissenhaften und treuen Kollegen, das weiß ich im voraus. Und ich weiß nun nicht, ob ich mehr trauern soll, oder ob ich sagen soll: „Es ist auch etwas Glück dabei." Aus dem Bericht, den der Herr Landrat erstattet hat, und auf den er in manchen Teilen sicherlich stolz sein kann, ergibt sich die eine bedauerliche Tatsache, daß wir auf sehr vielen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht weitergekommen sind. Ich weiß es hundert- und tausendfach aus meinen eigenen Erfahrungen, und das, was mir besonders am Herzen liegt, was ich früher schon zum Ausdruck gebracht habe, die Förderung der Landwirtschaft und die Förderung dieses Raumes als Erholungszentrum, diese Dinge scheinen ganz besonders unangenehmen Zeiten entgegenzugehen. Das bedaure ich. Ich habe noch gestern ein Schreiben an den Herrn Ministerpräsidenten aufgesetzt, in dem lebhaft und besonders betont Klage geführt wird über die

Verwüstungen, die über unsere Wälder hereinbrechen.

Und wenn ich Ihnen sage, daß jetzt auch bei dem Laubwald in sehr starkem Maße angefangen wird, dann werden Sie begreifen können, was das in verhältnismäßig kurzer Zeit für unseren Bezirk zu bedeuten hat, industriell und damit für die weitesten Kreise unserer Bevölkerung. Ich sehe — zu meinem Leidwesen muß ich es gestehen, — außerordentlich dunkel in die Zukunft. In einer solchen Zeit kommt es mehr denn je darauf an, daß gefestigte Persönlichkeiten an den Spitzen der Behörden stehen, daß gefestigte Persönlichkeiten auch die Leitungen der öffentlichen und politischen Bewegungen haben, daß Verlaß auf sie ist in jeder Beziehung. Landrat Baurichter ist eine Persönlichkeit dieser Art. Er hat sich das Vertrauen der weitesten Kreise unserer Bevölkerung erworben, und in diesem Vertrauen konnte er um so tatkräftiger seinen Aufgaben und seiner Arbeit nachgehen. Das ist es, was wir brauchen. Und wenn ich vor wenigen Tagen erst Gelegenheit genommen habe, einige Behördenstellen mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sie ihrerseits schwere Fehler und Mängel bei der Auswahl der Beamten hinter sich haben, dann verbinde ich damit den Gedanken und lebhaften Wunsch, daß es gerade in der Beziehung besser werden möchte, weil es unbedingt besser werden muß. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Ueberzeugung in den weitesten Kreisen gefestigt werde. So wünsche ich denn dem Landkreise Bielefeld unter dem neuen Landrat ein ferneres gutes Ergehen. Was ich tun kann, unterstützend einzugreifen, das tue ich, obwohl ich mir darüber klar bin, daß die Selbstverwaltung und die in ihr arbeitenden Körperschaften auf eigenen Füßen gehen müssen und daß die Aufsicht ihr nur in bedingter Form an die Seite zu treten hat. Meinem Kollegen wünsche ich für seinen Lebensweg alles Gute. Er darf sich darauf verlassen, daß ich ihm meine Hand reiche in echt kameradschaftlicher Gesinnung, und daß wir zueinander stehen werden.

Oberbürgermeister Ladebeck: Wenn der Landrat des Kreises Bielefeld wechselt, dann ist das nicht nur eine Angelegenheit des Landkreises. Das drückt sich schon äußerlich dadurch aus, daß wir hier in einem Raum der Stadt gewissermaßen diesen Wechsel vollziehen, wenn auch nur unter den heutigen Zwangsverhältnissen. Aber die Beziehungen zwischen Stadt- und Landkreis Bielefeld sind nicht nur räumlicher, sondern vielmehr persönlicher und wirtschaftlicher Art. Es ist heute so, daß wir in der Stadt oftmals Schwierigkeiten nicht überwinden könnten, wenn wir nicht die Hilfe des Landkreises hätten. Wie oft haben wir im Verlaufe der Monate, in denen die Ernährungsschwierigkeiten ganz besonders groß waren, in erster Linie auf die Hilfe des Landkreises bauen müssen, weil wir auf der anderen Seite andere Aufgaben übernehmen mußten. Ich glaube, je größer die Not wird, vor der wir stehen — und sie wird größer, davon bin ich überzeugt —, desto enger werden die Aufgaben uns auch für die Zukunft in Verbindung bringen. Sie, Herr Regierungspräsident, verlassen einen Kreis, der anders geartet ist als der, den Sie nun übernehmen, nicht nur in seiner Größe. Der schwere Boden dieser Heimat hat auch schwere Menschen. Das Rheinland weist einen ganz anderen Typ auf. Während wir hier ringen und mit Ernst uns mit vielen vielen Problemen auseinandersetzen, kann es dort so sein, daß Sie demnächst den Karneval auf der Straße sehen. Vielleicht ist das eine glücklicher, vielleicht auch das andere, wer will das entscheiden! Aber auch das Amt bringt Sie in andere Verhältnisse hinein. Aus dem Bereich der Selbstverwaltung treten Sie über in den Bereich der staatlichen Regierung. Ein völliger Wechsel von heute auf morgen! Ich

Die Kohlenversorgung

In der Sitzung der Stadtvertretung vom 13. August ist als Punkt 7 der Tagesordnung die Frage der Kostenversorgung der Bielefelder Schulen behandelt worden. Berichterstatter dazu war Ratsherr Bolbrinker, der u. a. ausführte:

Ratsherr Bolbrinker: Auf Anregung der Elternschaft hat sich der Hauptausschuß mit der Frage der Kohlenversorgung befaßt und die Erledigung der Angelegenheit dem Kohlenausschuß übertragen sowie ihm die Frage vorgelegt, woher wir die erforderlichen Brennstoffe für die Schulen erhalten und ob sie von den Zechen bzw. Stadtwerken zur Verfügung gestellt werden können. Die Schulen benötigen monatlich 68 t Kohlen und 252 t Koks, die zugeteilte Menge für den Monat April beträgt 80 t Brikett, seit diesem Datum sind keine Eingänge mehr zu verzeichnen. Von diesem Zeitpunkt ab haben wir je Monat für den Hausbrand angefordert: 1040 t Kohle, 1148 t Koks, 3676 t Briketts. Zugeteilt wurden ab April: April 585 t Briketts, davon gingen 89 t ein, Mai 383 t Briketts, davon gingen 40 t ein, Juni 620 t Briketts davon gingen 538 t ein, Juli 497 t Briketts, davon gingen 348 t ein. Ein Teil der eingegangenen Kohlen wurde auf Kohlenkarte ausgegeben, das andere für den Sektor Ernährung und Landwirtschaft heran gezogen. Ich bitte Sie daher, folgenden Antrag anzunehmen: „Um eine Wiederholung der Schulschließung im kommenden Winter zu vermeiden, müssen unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, die eine ausreichende Versorgung der Schulen und sonstigen Lehranstalten sicherstellen. Der Wirtschaftsminister ist zu bitten, rechtzeitig größere Mengen Koks und Kohle zur Verfügung zu stellen bzw. freizugeben. Gerade die jetzige Jahreszeit ermöglicht auch transportmäßig am leichtesten eine Bevorratung."

Ratsherr Lange: Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf aufmerksam machen, daß auch für den kirchlichen Unterricht Kohlen und Brennmaterial bereitgestellt werden müssen. **Ratsherr Sprick:** Ich möchte die Verwaltung bitten, die Kohlen generell zu verteilen, und nicht, wie im vergangenen Winter, die Randgebiete im Rückstand zu lassen. **Ratsherrin Dr. Steinbiß:** Ich möchte nur noch einmal an die Verwaltung die Frage richten, ob die nicht abgeholten Kohlen immer noch monatlich verfallen, oder ob das jetzt anders geregelt ist.

Ratsherr Bolbrinker: Es ist bekannt, daß durch die unglücklich festgelegten Abruftermine immer große Mengen an Brennstoff verfallen. Als letzter Abholtermin wird der 24. des laufenden Monats angegeben. Nach diesem Verfalltag sind die Kohlen dem Zugriff der Wirtschaftsämter entzogen. Es besteht die Möglichkeit, daß mittels dieser nicht abgelieferten Kohlen der Schwarze Markt beliefert wird, während der Verbraucher darauf wartet. Schuld an diesen Zuständen haben das zuständige deutsche Ministerium und die verantwortlichen englischen Dienststellen.

Der Antrag Bolbrinker wird einstimmig angenommen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich habe Ihnen noch bekannt zu geben, daß der Abgeordnete Middelhauve, bezugnehmend auf unsere in der Sitzung vom 11. Juni 1947 an die Landesregierung gerichtete Anfrage, sich mit einem Schreiben an den Herrn Wirtschaftsminister gewandt hat. Darin heißt es u. a.: „Der Rat der Stadt Bielefeld hat u. a. in seiner Sitzung am 11. Juni 1947 bei der Landesregierung angefragt, in welchem Umfange Hartkohle für

die Hausbrandversorgung

zur Verfügung gestellt werden kann. Damit ist das Problem der Hausbrandversorgung angesprochen, auf das Sie, Herr Minister, in der Landtagssitzung vom 16. bis 18. Juni eingegangen sind. Sie erklärten damals in dem Landtag, daß Sie eine Freigabe von zwei Durchschnittstagesförderungen monatlich für die Hausbrandversorgung bei der zuständigen M.R. erwirken wollten. Darf ich fragen, ob und in welchem Umfange Ihre Bemühungen von Erfolg waren? Sollte die NGCC Ihren Vorschlag abgelehnt haben, welche Schritte haben Sie unternommen oder gedenken Sie zu unternehmen, um für den Hausbrand im kommenden Winter in etwa ausreichend zu sorgen? Wie kann gegebenenfalls die Transportfrage gelöst werden? Angesichts der Dringlichkeit des Problems wäre ich Ihnen für baldige Antwort dankbar.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich bitte ganz besonders die Presse noch einmal bei der Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß man

die Schlammkohle,

die sich bei den Kohlenhändlern befindet, abholt. Bitte weisen Sie darauf hin, daß Eingänge erfolgt sind, die abgeholt werden müssen. Wir werden gezwungen sein, die aufgerufenen Nummern der Kohlenkarte nach einer gewissen Zeit verfallen zu lassen, um die Schlammkohle, die nicht abgeholt wird, anderweitig verteilen zu können.

Punkt 8 betraf den Vertrag der Stadtwerke mit dem Unternehmer Tuxhorn über den

Betrieb der Strecke Sieker—Oerlinghausen.

Ratsherr Will erläuterte, wie stark das Betriebsamt hinsichtlich der Verkehrsmittel belastet sei und daß es ohne die Einschaltung der Firma Tuxhorn nicht mehr möglich sei, weiterhin die Strecke Sieker—Oerlinghausen zu befahren. Aus diesem Grunde ist zwischen der Firma Tuxhorn und den Stadtwerken ein Vertrag geschlossen worden, der vorsieht, daß die Firma Tuxhorn die Strecke Sieker—Oerlinghausen, führend über Sieker—Hillegossen—Scherenkrug befahren kann. Es entspann sich betreffs der Haltepunkte an der Strecke eine Aussprache zwischen den Ratsherren Sprick und Will, die abschließend mit einem Zusatz zum Vertrage Tuxhorn endete. Die Neufassung des Vertrages wurde daraufhin einstimmig angenommen.

Zu Punkt 9 sprach **Ratsherr Mörbt** über den Vertrag des Volkschors Bielefeld auf kostenfreie Bereitstellung der Oetkerhalle. Der Vertrag sieht u. a. vor, daß der Reinertrag einer der vorgesehenen Aufführungen den Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt Bielefeld zugute kommt. Auch dieser Vertrag fand einstimmige Annahme.

Naturdenkmale im Stadtkreis Bielefeld

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 14 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) und des § 8 Abs. 1 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) wird die Eintragung der unter Nr. 27, 28 und 60 des Naturdenkmalbuches des Stadtkreises Bielefeld geführten Naturdenkmale — s. Verordnungen des Oberbürgermeisters vom 1. 4. 1947 und 30. 10. 1941 (ABl.) vom 11. 6. 1938 und 22. 11. 1941, Stück 23 und 47, S. 189 und 133 mit dem heutigen Tage gelöscht.

Stadtverwaltung Bielefeld
als untere Naturschutzbehörde.

IV. Nachtragsverordnung zur Sicherung von Naturdenkmalen im Stadtkreis Bielefeld.

Auf Grund der §§ 3, 12 Abs. 1, 13 Abs. 1, 15 und 16 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) sowie des § 7 Abs. 1—4 und des § 9 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) wird mit Zustimmung der höheren Naturschutzbehörde die Verordnung des Oberbürgermeisters vom 1. April 1938 (ABl vom 11. 6. 38 Stück Nr. 23, S. 187) für den Bereich des Stadtkreises Bielefeld auf die in nachfolgender Liste aufgeführten Naturdenkmale mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Nachtragsverordnung ausgedehnt.

Lfd. Nr. i. Naturdenkmalbuch	Bezeichnung u. Anzahl, Art, Name der Naturdenkmale	Angaben über die Lage der Naturdenkmale: Stadt-, Landgemeinde (Ortsbezeichn., Gemarkung, Forstamt)	Meßtischblatt 1:25 000 Jagen-Nr., Flur-Parzellen-Nr. Eigentümer	Lagebezeichnung n. fest. Geländepunkten (Himmelsrichtung, Entfernung u. dergl.)
1	2	3	4	5
61	Eiche	Bielefeld	M.-Bl. 2149 Blf. E.: Bauer Gustav Meyer zu Ehlentrup, Bielef., Oldentruper Str. 60a	Im Bachgrund an der Nordseite der Oldentruper Straße zwischen km 3,7 und 3,8
62	Findling	Bielefeld	M.-Bl. 2149 Blf. E.: wie vor	Am Bachufer am östlichen Rande des Wäldchens südlich im Planquadrat, senkrecht 71/72, waagerecht 64/65, knapp 200 m westlich der Mühle
63	2 Eichen	Bielefeld	M.-Bl. 2149 Blf. E.: wie vor	Zerstreut i. Wäldchen i. südl. Teil d. Planquadrates 71/72, 64/65, 250 Met. südöstl. Punkt 111
64	Esche	Bielefeld	M.-Bl. 2149 Blf. E.: R. Henrichsmeyer, Bielefeld, Hauptstr. 243	Vor der Nordseite des Wohnhauses
65	Buche	Bielefeld	M.-Bl. 2149 Blf. E.: Erbengemeinsch. Hammer, Blf., Waldstr. 12	Vor d. Ostseite (Frontseite) des Wohnhauses. Waldstraße 12

Stadtverwaltung Bielefeld als untere Naturschutzbehörde

---

möchte in dieser Stunde die Bitte aussprechen, Ihre Landsleute nicht zu vergessen. Ich hoffe auch, daß Sie die Interessen der Selbstverwaltung nicht vergessen, obwohl Sie davon in Ihrem Amt nicht berührt werden. So möchte ich Ihnen an diesem neuen Abschnitt Ihres Lebensweges den Glückwunsch der Stadt Bielefeld mit auf den Weg geben. Ich möchte auch die Gelegenheit nehmen, an den neuen Landrat, wer er auch sein mag, ein Wort des Grußes zu richten. Wir werden, wie ich das eben schon sagte,

auch in Zukunft auf das engste zusammenarbeiten

müssen. Es sind Probleme zu lösen, die nur in gemeinsamer Arbeit lösbar sind. Ich denke besonders an die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, um unsere Abhängigkeit vom Auslande zu beseitigen, die nur durch wirtschaftliche Kraft realisierbar und durchführbar sein wird. Wenn wir in der Stadt Bielefeld eine gesunde Industrie gehabt haben, dann beruht das weitgehendst auf Unternehmungsgeist, der in Bielefeld seit langen Zeiten zu Hause gewesen ist. Aber es beruht auch darauf, daß die Stadt Bielefeld aus dem Landkreise einen immer wieder aufgefüllten Born fand, in dem sie die Kräfte für die städtische Industrie herauszog. Und heute sind wir schon an einer anderen Grenze angelangt. Nach Bielefeld drängen sich wirtschaftliche Unternehmungen aller Art. Von 100, die im vergangenen Jahre kamen, haben wir durchschnittlich nur 20 aufnehmen können. Teilweise wiesen wir sie ab, weil wir glaubten, daß sie für Bielefeld nicht geeignet seien, teilweise haben wir es jedoch schmerzlich empfunden, daß wir sie nicht aufnehmen konnten. Unsere heimische Industrie entbehrt oft Produkte, die sie zur Ausübung ihrer Industrie braucht. Fabriken, die sonst unsere Industrie mit irgend welchen Werkzeugen und sonstigen Bedürfnissen versorgten, existieren nicht mehr oder können nicht liefern. So sind wir gezwungen, um uns herum das aufzubauen, was fehlt. Und da wir dazu in der Stadt nicht mehr in der Lage sind, werden wir oft an den Landkreis herantreten mit der Bitte um Hilfe. Und damit ist, glaube ich, beiden geholfen. So wünsche ich auch dem neuen Landrat Glück auf seinem Wege, und Ihnen, Herr Regierungspräsident, nochmals alles Gute in dem neuen Lebensabschnitt, und ich hoffe, wir werden trotz der räumlichen Entfernung dann oder wann uns in Bielefeld wiedersehen, wo Sie in Ihrem Kreise sicherlich den Segen und Erfolg Ihrer Arbeit auch in fernerer Zeit noch feststellen können. Und das wird Ihnen der beste Dank sein.

Oberkreisdirektor Schütz:

Es geziemt dem leitenden Beamten der Verwaltung grundsätzlich zwar nicht, im Rate der Vertreter ungefragt das Wort zu ergreifen. Es ist mir aber im Augenblick Ihrer Verabschiedung, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, nicht nur ein persönliches, sondern auch ein sachliches Bedürfnis, im eigenen Namen und im Namen der gesamten Verwaltung des Landkreises Bielefeld einige Worte des Dankes und des Abschiedes vor diesem Forum zu sagen. Sie haben als sechster Landrat seit Bestehen des Landkreises Bielefeld Ihr Amt angetreten. Sie scheiden — wenn man von der kurzen Periode absieht, in der Herr Oberbürgermeister Ladebeck die Geschicke des Landkreises vorübergehend leitete — leider als der Landrat mit der kürzesten Amtszeit aus unserem Kreise. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten der Landkreisverwaltung und der Amts- und Gemeindeverwaltungen des Kreises bedauern Ihr Scheiden aufrichtig. Ihre langjährigen Erfahrungen im politischen Leben und in der Verwaltung, Ihr ausgeprägter Sinn für natürliche Gerechtigkeit, Ihre Fähigkeit, widerstrebende Interessen sinnvoll auszugleichen, und Ihre Begabung, Menschen und Dingen ohne Vorurteil, aber prüfend und abwägend gegenüberzutreten, haben Sie in besonders hohem Maße für das schwierige Amt des Landrats in diesen schwersten Zeiten befähigt. Die von Ihnen geleistete Arbeit hat Ihnen nicht nur Anerkennung und Ansehen in der Bevölkerung unseres Landkreises gebracht, sondern auch rückhaltloses Vertrauen bei allen Mitgliedern der Verwaltung. Sie haben sich damit sehr bald die einzig

echten Grundlagen persönlicher Autorität im Amt geschaffen.

Mit dieser Autorität und mit der Ihnen eigenen Initiativkraft waren Sie in der Lage, im wahrsten Sinne des Wortes das bindende Glied zwischen dem Willen der Vertretung und den Ausführungsorganen der Verwaltung zu sein. Als Ihr engster Mitarbeiter aus der Verwaltung darf ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß diese Ihre persönlichen und sachlichen Qualitäten einer der wesentlichsten Gründe gewesen sind, weshalb das aus England übernommene System der Doppelköpfigkeit in der Verwaltung sich nicht — wie vielfach anderwärts — zum Nachteil des Verwaltungsgefüges und der kreiseingesessenen Bevölkerung ausgewirkt hat. Ich möchte Ihnen persönlich danken für das Vertrauen, daß Sie mir während der gesamten Zeit unseres engen Zusammenarbeitens entgegengebracht haben. Ich darf Ihnen ferner schon jetzt herzliche Abschiedsgrüße namens aller Angehörigen der Verwaltung sagen und meiner Freude Ausdruck geben, daß Sie demnächst bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Kreistages und der Landkreisverwaltung unter uns sein werden. Trotz allen Bedauerns darüber, daß Sie aus Ihrem Amt als Landrat des Landkreises Bielefeld scheiden, möchte ich zum Schluß auf ein altes Rechtssprichwort aus dem Gebiete des Staatsrechtes hinweisen, das Sie alle kennen: Der König ist tot, es lebe der König! Ich möchte damit die

Zuversicht zu zwei Dingen

zum Ausdruck bringen: Sie, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sind durch das Vertrauen des Kabinetts zu dem Amt des Regierungspräsidenten in Düsseldorf berufen worden. So sehr wir Ihr Scheiden aus Ihrem jetzigen Amt bedauern, so sehr freuen wir uns, daß Sie an anderem Posten, auf höherer Ebene Ihre Arbeit leisten werden, die Sie immer aufgefaßt haben als Arbeit für Deutschland. Andererseits wird die Verwaltung getreu ihrer Bestimmung mit vollem Vertrauen auf den neuen vom Rate zu wählenden Landrat ihre Aufgaben zum Wohle der Bevölkerung des Landkreises Bielefeld erfüllen.

Es folgte als Punkt 3

Die Neuwahl des Landrates

Stellv. Landrat Kunze: Ich bitte um Vorschläge.

Abg. Deppermann schlägt den Abgeordneten Franz Specht zum neuen Landrat vor.

Abg. Kunze: Der Abgeordnete Specht ist zum neuen Landrat vorgeschlagen worden. Darf ich fragen, ob das Wort dazu gewünscht wird?

Abg. Dr. Müller: Im Namen meiner politischen Freunde darf ich erklären, daß wir uns geschlossen dem Vorschlag der starken Gruppe der SPD. anschließen. Wir haben in unserem Kreis das Ausscheiden des bisherigen Landrates tief bedauert. Wir waren aber auch in unserem Kreise uns darüber einig, daß wir nicht das Recht hätten, sein weiteres Verbleiben bei uns zu wünschen und zu fordern. Wir waren uns darüber einig, daß im Interesse der größeren Aufgaben, die Herrn Regierungspräsident Baurichter in Düsseldorf erwarten, wir ihn, ich möchte sagen mit einem weinenden und einem lachenden Auge ziehen lassen müssen. Ich habe vor 10 Monaten beim Zusammentreten des gewählten Kreistages ausgesprochen, daß Herr Landrat Baurichter unser ganzes Vertrauen besäße, und ich kann heute nur sagen, wenn es überhaupt möglich gewesen wäre, den damals vorliegenden Schatz an Vertrauen zu mehren, dann ist er vermehrt worden. Es ist schon manches Wort des Dankes gesagt worden. Ich darf vielleicht von meiner persönlichen Blicksphäre ein kurzes Wort hinzusetzen. Es ist ebenso schmerzlich wie verständlich, daß in den schweren Jahren, die wir durchzukämpfen haben, die materiellen Sorgen in den Vordergrund treten müssen.

Die Aufgaben der Erziehung,

der Jugendfürsorge, der Förderung der Jugendpflege und der Jugendbewegung sind nur selten hier im Kreistag zur Aussprache gekommen. Aber es liegt mir daran, zu allem, was heute gesagt worden ist, auch das noch hinzuzufügen, daß Herr Regierungspräsident Baurichter immer tiefstes Verständnis auch für diese Aufgaben der Selbstverwaltung gezeigt hat, und ich persönlich danke ihm vor allen Dingen für das Empfinden für die seelischen Vorgänge in unserer Jugend. Wir haben aus dem Mund des Herrn Regierungspräsidenten Drake nur mit Erschütterung davon gehört, daß nunmehr auch der deutsche Laubwald angegriffen werden soll. Ich kann nur, obwohl das ja vielleicht jetzt nicht die geeignete Stunde ist, Herrn Regierungspräsidenten Drake und auch Herrn Regierungspräsidenten Baurichter bitten, die hier für unsere Jugend und unser Volk drohenden seelischen Gefahren immer wieder zu nennen und das Ihre zu tun, das Bitterste, die Versteppung des deutschen Landes und damit auch der deutschen Seele, zu verhindern.

Ich sagte, meine Freunde hätten sich entschlossen, sich dem Vorschlag der SPD., das bisherige Mitglied des Kreistages, Herrn Specht, zum Landrat zu wählen, anzuschließen. Wir haben Herrn Specht hier im Kreistage als einen Menschen warmen Herzens und besonderer sachlicher Kenntnisse auf dem Gebiete des

Ernährungswesens kennengelernt. Wir trauen ihm die Sachlichkeit zu, die vielleicht als dritte Fähigkeit hinzukommen muß, wenn heute mit Erfolg auf dem Gebiete der Selbstverwaltung gearbeitet werden soll: ein warmes Herz, gesunder Menschenverstand, vor allen Dingen auf dem engeren Gebiete, das dem Einzelnen fachgemäß zufällt, und der Wille zur Sachlichkeit. Die fatale Neigung des deutschen Menschen, von der Weltanschauung her politisch zu denken und zu handeln, macht viele deutsche Menschen, die in die politsche Arbeit eintreten, zu Marionetten, die der Fernlenkung unterliegen. Aber hier in den uns zufallenden Aufgaben der ortsgebundenen Sebstverwaltung haben wir Männer und Frauen notwendig, die nicht als ferngelenkte Marionetten handeln, sondern — ich wiederhole es — als Männer und Frauen mit warmem Herzen, gesundem Menschenverstand und dem Willen zur Sachlichkeit. Wie die Gruppe meiner politischen Freunde der Ueberzeugung und der Hoffnung ist, daß der Herr Abg. Specht diese drei Bedingungen in der Selbstverwaltung erfüllt, deshalb sind wir gewillt, ihm geschlossen unsere Stimmen bei der Wahl zum Landrat zu geben.

Der Abgeordnete Specht wird danach einstimmig zum Landrat gewählt.

Abg. Kunze: Herr Abg. Specht! Das Vertrauen des Kreistages hat Sie einstimmig an einen schweren, verantwortungsvollen Posten berufen. Ich möchte Ihnen persönlich nur sagen, daß ich Ihnen immer mit der gleichen Bereitschaft des Helfens zur Verfügung stehen werde, wie ich es Ihrem Vorgänger getan habe. Herzlichen Glück- und Segenswunsch! Ich darf Sie bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Antrittsrede des neuen Landrats

Landrat Specht: Meine Damen und Herren! Sie haben mich soeben einmütig zu Ihrem Landrat gewählt. Dafür danke ich Ihnen auf das herzlichste. Ich werde bestrebt sein, das Vertrauen, das sie in mich gesetzt haben, unter keinen Umständen zu mißbrauchen, sondern es voll und ganz zu rechtfertigen. Durch die Führung meines Amtsvorgängers, Herrn Landrat Baurichter, haben wir uns hier im Kreistag stets bemüht, unsere Beratungen in ganz sachlicher Weise nur auf den Punkt abzustellen: „wie können wir am besten zur Lösung der uns übertragenen Aufgaben beitragen." Ich bin mir dessen bewußt, daß unsere Bevölkerung bei der Wiederherstellung demokratischer Behörden den Glauben hatte, daß diese in der Lage seien den Sturz in größere Tiefen unserer katastrophalen Lage zu verhindern. Obwohl Kommunalparlamente und Landtage mit größter Hingabe dahin wirken, den vollkommenen Ausblutungsprozeß unseres Vaterlandes zu verhindern, müssen wir doch feststellen, daß ihre Arbeit bisher von wenig Erfolg begleitet wurde.

Es sind nun fast auf den Tag acht Jahre, als Hitler Europa mit Krieg überzog. Acht Jahre hungert das deutsche Volk nach den einfachsten Gütern des täglichen Lebens. Acht lange Jahre, eine Zeit, die angefüllt war mit Tod und Vernichtung, hat auch die letzten Substanzen vernichtet und aufgezehrt. In der Zeit, als diese Katastrophe ein fast unerträgliches Ausmaß annahm, erhielten wir durch die Militärregierung den Auftrag, unser demokratisches Leben neu zu formieren. Wir sind uns, auf Grund der Geschichte unseres Volkes, darüber klar, daß demokratisches Denken bei uns leider noch keine Tradition hat. Nun wird diese Demokratie mit der furchtbarsten Hypothek eines vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruchs belastet. Hunger macht jede Erziehung zu diesem Ideal unmöglich

Hunger fördert keine Demokratie,

Hunger läßt die Völker nicht zueinander finden, Hunger treibt in die Verzweiflung. Mögen die Staaten, die glauben, uns das demokratische Gehen wieder lehren zu müssen, selber auch das eine lernen, daß eine gesinnungsverwandte Demokratie auch gegenseitig verpflichtet. Auch die Freiheit der Staaten, die um uns sind — das hat die Vergangenheit gelehrt — wird in Gefahr gebracht, wenn die Freiheit im Herzen Europas, durch die Verzweiflungsstimmung, abermals vernichtet würde. Die Erkenntnis, daß wir alle ein gemeinsames Schicksal haben, sollte uns zu gemeinsamer, gegenseitiger Hilfe verpflichten.

Mein Herr Amtsvorgänger hat hier vor dem Kreistag sich nicht gescheut die Kausalität der Dinge stets klar herauszustellen. Daher haben wir uns im Kreistag stets verpflichtet gefühlt, auch von einem großen politischen Gesichtspunkt aus betrachtet, hier im Kreistag Dinge zu behandeln, die wir nur als die Wirkung der großen politischen Ursachen in unserem Kreise erlebten So sehr wir die Verpflichtung haben, die wirklichen Quellen aufzuzeigen, die nach unserer Meinung verstopft werden müssen, damit Not und Elend keinen weiteren Zufluß bekommen, so sehr werden wir in unserem Aufgabenbereich alles versuchen, um diese Quellen mit verstopfen zu helfen.

Ich selbst komme aus einer Arbeiterfamilie, in der schon zu meiner frühesten Jugend die graue Not zu Hause war. Ich wußte, was es heißt, als einfacher Bäckerlehrling Tag und Nacht zu arbeiten. Aber in mir brannte stets das Verlangen, dahin zu streben,

Abänderungen zum Wohle der Menschheit zu schaffen.

Meine Tätigkeit, die ich in den nachfolgenden Jahren auf freiem gewerkschaftlichem Gebiet ausübte, war beseelt von dem Gedanken: „Wie helfe ich am besten meinen Mitmenschen, was tue ich, um ihre Lebenslage zu verbessern." Die Umstellung im Jahre 1933 hat diesen meinen Wirkungsbereich unterbunden. Wie vielen, so ging es auch mir. Ich wurde eingekerkert, verfolgt usw. Damals war ich verpflichtet, meinen Beruf wiederum aufzugreifen und wurde wieder selbständig. Ich hatte aber auch in dieser Zeit genügend Gelegenheit festzustellen, wie wir von der braunen Horde verfolgt wurden. Aber wir haben uns nicht unterkriegen lassen. Als dann 1945 endlich dieses grausame Spiel vorbei war, berief mich auf Drängen von anderen Stellen die Bäckerinnung zu ihrem Obermeister. Ich darf sagen, daß auch dort mein Bestreben war, neben dem Beruf mich von dem Gedanken leiten zu lassen, einzutreten für eine Ernährung, die unter allen Umständen das Eine in sich birgt, daß einigermaßen der Hunger gestillt wird. Es waren schwere Wochen und Monate. Ich habe keine Mühe gescheut, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung vor allen Dingen dahin zu wirken, das notwendige Mehl für das tägliche Brot heranzuschaffen. Sie können versichert sein, daß ich auch auf Grund einer anderen Tätigkeit einigermaßen die Fragen kenne und weiß, wo sie angefaßt werden müssen. Eine meiner vornehmsten Aufgaben ist es, für die Ernährung unter allen Umständen einzutreten und dahin zu wirken, daß eine gerechte Verteilung der anfallenden Nahrungsmittel erfolgt. Ich werde wo ich kann, die Not des einzelnen Menschen zu lindern versuchen. Denn ich weiß, wie schwierig die Verhältnisse auf dem Gebiete des Handwerks, des Handels und der Industrie sind, und deswegen sage ich offen, daß

mein Amtszimmer jedem Kreiseingesessenen zur Verfügung steht,

und daß ich jedem Menschen, der glaubt, bedrängt zu sein, mit Rat und Tat zur Seite stehen will, und daß ich versuchen will, ihm zu helfen, soweit es in meinen Kräften steht.

Wir haben hier im Kreistag Bielefeld eine schöne Tradition geübt, die über die enge parteipolitische Anschauung sich ausweitete zu Toleranz und Duldsamkeit gegenüber jedermann. Nicht engstirnige, parteipolitische Gesichtspunkte werden mein Handeln bestimmen, sondern ich möchte meine Arbeit getragen sehen von einem dauernden Vertrauen der Kreisvertreter, als der berufenen Vertreter der Bevölkerung. Ich lehne es ab, zu Beginn meiner Tätigkeit irgend welche Versprechungen zu machen, die zu halten nicht von vornherein hundertprozentig sicher ist. Versprechungen auf eine kommende bessere Zeit würden nur z. Zt. den politischen Kredit restlos vernichten, wenn man sie nicht einlösen kann. Mit meiner ganzen Kraft und Leidenschaft werde ich aber eines versprechen: wenn ich auch machtlos gegen die Not von heute bin, aber einzusetzen alle meine Erfahrungen und Schaffensfreudigkeit, um verhindern zu helfen, daß deutsche Menschen verhungern, wird meine vornehmste Verpflichtung sein. Können wir also als Kreisbehörde auch nur wenig tun, so kann aber eines geschehen, durch entsprechende Maßnahmen der deutschen Behörden

die gleiche Belastung allen aufzuerlegen.

Diejenigen, die durch Eigennutz und defekte moralische Gesinnung ihren Anteil am Verlust dieses Krieges nicht übernehmen wollen, werde ich mit allen Mitteln zur Pflichterfüllung anhalten. Wer die deutsche Notgemeinschaft verläßt, verläßt die Gemeinschaft der Deutschen und muß als Feind der Nation betrachtet werden. Der jungen Demokratie würde es fürwahr großen Schaden zufügen, wenn Ausgebombte, Flüchtlinge und Evakuierte mit Fug und Recht sagen könnten: „Wir haben das Gefühl, allein den Krieg verloren zu haben." Als Landrat eines Kreises hier im Westen spreche ich es daher aus: „Niemand hat ein moralisches Recht, mehr Lebensrechte für sich in Anspruch zu nehmen als diejenigen, die unschuldig im Osten alles, aber auch alles verloren haben. Die Ausgewiesenen sind daher für mich selbstverständlich gleiche Bürger und sollten noch irgendwelche Einweisungen unumgänglich sein, dann bitte ich die Bevölkerung, sich stets zu vergegenwärtigen, wie es ihr zumute wäre, wenn sie nun an anderer Leute Tür klopfen müßte und ihr würde nicht aufgetan. Im Interesse der Ausgewiesenen aber müssen wir für unseren Kreis fordern, daß, bevor weitere Einweisungen erfolgen der Strom in solche Gegenden gelenkt wird, die günstiger stehen als der Reichsdurchschnitt. Die Verwaltung, die die Aufgabe hat, das Wenige aufzuteilen, das noch zur Verteilung gebracht werden kann, steht vor schier unlösbaren Aufgaben. Unsere Mittel, helfen zu können, sind außerordentlich gering. Aber das Wenige, das zur Verteilung gelangt, muß nach absolut gerechten Gesichtspunkten zur Verteilung gebracht werden. Jeder Behördenangestellte hat sich seiner vornehmen Pflicht bewußt zu sein, im guten Sinne des Wortes Diener der Allgemeinheit zu sein und durch seine Amtshandlungen dazu beizutragen, daß das stark angeschlagene Vertrauen der Bevölkerung zu der Verwaltung wieder hergestellt wird. Jeder Hilfesuchende, der in meine Amtsstube tritt, muß das Gefühl mit nach Hause nehmen: Ich habe mit einem Mann gesprochen, der ein warmes, mitfühlendes Herz hat."

Die Rechte der Selbstverwaltung

sind niedergelegt in der Deutschen Gemeindeordnung. Ueber diese Deutsche Gemeindeordnung hat es sehr lebhafte Auseinandersetzungen in den Kreisen der Kommunalpolitiker gegeben. In einzelnen Kreisen waren Kompetenzstreitigkeiten zwischen Landrat und Oberkreisdirektor. Wir in Bielefeld-Land haben durch die Tatsache, daß hier zwei Männer an der Spitze standen, mit grundsätzlich demokratischer Gesinnung, solche Kompetenzstreitigkeiten nicht gekannt. Es ist also damit der Beweis erbracht, daß, wenn Demokraten an der Spitze der Behörden stehen, auch die Deutsche Gemeindeordnung funktioniert. Kompetenzstreitigkeiten tragen oft den Keim autoritäten Machtstrebens in sich. Ich will den Wert der Staatsform für das Funktionieren unseres politischen Lebens durchaus nicht verkennen. Aber die Erfahrung aus der Zeit von Weimar bestätigt, daß nicht Staatsform, sondern Staatsgesinnung das Ausschlaggebende ist. Soweit es mir möglich ist, werde ich stets darauf achten, daß bei der Berufung einzelner Männer und Frauen in die Verwaltung des Landkreises Bielefeld die nachweisbare demokratische Gesinnung integrierender Bestandteil für die Befähigung, ein öffentliches Amt zu bekleiden, sein muß.

Mein Amt übernehme ich in einem Augenblick, in dem in dem Landkreis Bielefeld unsere Landbevölkerung dabei ist, die Ernte einzubringen. Durch die lang anhaltende Trockenheit ist die Ernte bei weitem nicht so günstig ausgefallen wie im vergangenen Jahre. Strenge Erfassung der gesamten Produktion ist daher unbedingt notwendig. Unsere Landwirte müssen sich daran erinnern, daß keine staatliche Macht in der Lage ist, für ihre Sicherheit zu garantieren, wenn verhungernde Menschen zur Selbsthilfe greifen. Der Hunger durchbricht dann alle Dämme. Den Schwarzhandel können wir nur dadurch bekämpfen, daß

die landwirtschaftiche Produktion restlos erfaßt

wird, damit man nichts mehr zum Schwarzhandeln hat. Durch meine bisherige Tätigkeit als Bäckerobermeister habe ich die besten Verbindungen zu den Kreisen, die unsere Bevölkerung mit dem wichtigsten Nahrungsmittel — Brot — zu versorgen haben. Eine meiner ersten Maßnahmen wird sein, im Zusammenwirken mit dem Ernährungsausschuß und der Kreisbauernschaft alles zu tun, um im Landkreis Bielefeld eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel durchzuführen.

Von seiten der Landwirtschaft ist mit Recht darüber Klage geführt worden, daß sie nicht in der Lage sei, auch nur einen Hufnagel gegen Geld zu kaufen. Alles verlangt von unseren Landwirten zur Bezahlung Lebensmittel. Diese Klagen sind nicht unberechtigt. Ich möchte daher erklären: Der Handel ist Treuhänder der von der Arbeiterschaft erzeugten Güter. Die Produzenten müssen ihre Produkte gegen Papiermark eintauschen. Der Handel hat kein Recht, seine Verteilertätigkeit

zu mißbrauchen und seine Ware nur gegen Ware einzutauschen. Ich weiß, daß es im allgemeinen nur Außenseiter sind, aber gerade diesen Außenseitern haben wir unsern schärfsten Kampf anzusagen.

Die Entwicklung der letzten Monate hat uns bewiesen, daß wir trotz Marshallplanes keine nennenswerte Hilfe aus dem Ausland zu erwarten haben. Wir sind in der Tat das Volk, von dem Göring sagte, das zuletzt hungert. England, unser Nährvater, erlebt die größte Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Seine Währung steht nicht mehr fest, sein Zahlungsmittel, das Pfund, hat in der Welt keinen Fundus mehr. Wir müssen uns soweit wie möglich selber helfen.

Jede Ackerkrume muß bebaut werden.

Wir werden im Landkreis Bielefeld ernste Betrachtungen darüber anstellen, wie weit wir noch Brachland kultivieren können, um es unserer Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Ich möchte daher unsere Bürgermeister bitten, in ihren Gemeinden Umschau zu halten, ob irgendwelche Plätze umgebrochen werden können, um somit zusätzliches Gartenland zu gewinnen.

Unsere Landwirtschaft soll ernstlich überlegen, wieweit Weidewirtschaft noch weiter abgebaut werden kann zugunsten des Ackerbaues. Die Not unserer Zeit ist unvorstellbar groß. In der gegenwärtigen Notlage ist Untätigkeit ein Verbrechen. Es gibt keinen Ersatz für harte Arbeit, wenn wir unsere nationale Wirtschaft wieder aufbauen wollen. Ich weiß, das tägliche Brot wird in Deutschland trotz aller Anstrengungen jetzt und in Zukunft gering sein. Trotzdem dürfen wir auch

unser kulturelles Leben

nicht vernachlässigen. Die Aufgabe der Schule wird es sein, die hohen Ideale der Freiheit und der Menschlichkeit unserer Jugend zu lehren, damit aus der Untertanengesinnung früherer Jahrhunderte erwachsen möge der freie Staatsbürger, der sich seiner Würde und seiner Verpflichtung gegenüber dem Volksganzen bewußt ist. Herr Abg. Dr. Müller hat zum Ausdruck gebracht, daß die Jugendpflege unter allen Umständen gefördert werden muß. Ich weiß, wie notwendig es ist, daß die Jugend wieder anders erzogen wird, daß ihr wieder andere Gedanken beigebracht werden müssen, und daß die Jugendpflege mit oberstes Gesetz für uns sein muß.

Ich möchte auch die Worte des Herrn Oberbürgermeisters Ladebeck unterstützen, der zum Ausdruck brachte, daß Stadt- und Landkreis aufeinander angewiesen sind. Ich bin der Auffassung, daß es nur bei ehrlicher gemeinsamer Arbeit möglich sein wird und muß, im Interesse beider Kreise das Bestmöglichste für die Bevölkerung zu tun. Herr Oberbürgermeister, Sie werden mich stets an Ihrer Seite finden, wenn es gilt, gemeinsame Arbeiten zu erledigen, die im Interesse von Stadt- und Landkreis liegen.

Das internationale Völkerrecht ist heute, fast auf den Tag, vor acht Jahren von Hitler gebrochen worden. Für seine Wiederherstellung hat die Welt den blutigsten Krieg aller Kriege geführt. Wir rufen daher vom Kreistag der Militärregierung zu, laßt wieder Recht Recht sein und schickt uns im Namen des Rechtes

unsere Kriegsgefangenen wieder in unsere Heimat.

Wir haben im Kreistag stets ein offenes Wort gesprochen gegenüber der Militärregierung und den deutschen Stellen. Aber unsere Krtik soll ein positiver Beitrag zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft sein und dazu beitragen, daß wir damit auch der Verständigung der Völker dienen. Die Zeiten sind hart, wir müssen härter sein. Arbeiten und hoffen ist stets besser als verzweifeln. Ich bitte daher die Kreisvertreter und alle meine Mitarbeiter, durch ihre Tatkraft die Schwierigkeiten mit überwinden zu helfen, und wenn wir durch strenge Pflichterfüllung unseren Beitrag zur Wiedergesundung unseres schwer daniederliegenden deutschen Vaterlandes geleistet haben, dann haben wir diesen Beitrag in den Grenzen geleistet, in denen wir als Landkreis Bielefeld verantwortlich sind zur Wiedergesundung unserer Wirtschaft. Nur aus der Pflichterfüllung eines jeden einzelnen wird der Weg aus dem Dunkel der Gegenwart in die Morgenröte einer schöneren und besseren Zeit führen.

Abgeordneter Deppermann: Meine Damen und Herren, sehr verehrter Herr Landrat! In den letzten Sätzen Ihrer Ausführungen brachten Sie zum Ausdruck, daß nur harte Pflichterfüllung den Weg aufzeigen wird, aus dem Dunkel der Gegenwart herauszukommen. Wer nur die Presse verfolgt, wird sich darüber klar sein, daß eine Hilfe aus dem Ausland in nennenswertem Maße nicht zu erwarten ist. Am 13. August hat General Robertson sich über Wirtschaftsfragen gegenüber Pressevertretern unterhalten. Er hat bei dieser Diskussion zum Ausdruck gebracht, daß wir Deutschen nicht mit gefalteten Händen dasitzen und nicht die Schuld an den Mißständen den Alliierten zuschieben sollten. Wir sind uns darüber klar, daß das Wort, das nach dem ersten Weltkrieg sehr oft publiziert wurde und an den Plakatsäulen stand, daß wir das Volk sind, das am besten arbeiten kann, und daß nur die Arbeit uns einen Wiederaufstieg ermöglicht, heute mehr denn je stimmt. Aber um arbeiten zu können, muß man uns Arbeitsmöglichkeiten geben. Und wenn weiter zum Ausdruck gebracht wird in diesem Interview, daß in den ersten sieben Monaten des Jahres die Vereinten Nationen für 89 Millionen Dollar Exportware bekommen hätten, wovon über 50 Millionen auf Kohlen und 15.5 Millionen auf den Holzexport entfallen, dann fehlen uns eben diese Kohlenausfuhren für unsere Industrie, um diese auf vollen Touren laufen zu lassen. Wir sind uns weiter darüber klar, daß wir nicht einen Abbau von Industrie hier im Westen benötigen, um unsere Bevölkerung zu ernähren, sondern die Dichte der Bevölkerung zwingt uns dazu, daß der industrielle Sektor nicht ab-, sondern ausgebaut wird. Deutschland nur als Agrarstaat aufbauen zu wollen, heißt, Deutschland überhaupt nicht mehr aufzubauen. Wir haben Verständnis dafür, daß man die deutsche Wirtschaft kontrolliert, und daß die deutsche Kriegsindustrie abgewrackt wird, aber

die deutsche Friedenswirtschaft muß dem deutschen Volk erhalten bleiben,

damit wir in der Lage sind, die Güter einzukaufen, um unser Volk ernähren zu können. Wir wollen keine Bettler bei den Vereinten Nationen sein und wenden uns auch aus diesen Gründen dagegen, wenn uns durch die Demontage von Fabriken die Möglichkeit genommen wird, das zu erzeugen, was das deutsche Volk zum Leben unbedingt notwendig gebraucht. Im Interesse der Gesundung Deutschlands und im Interesse der Gesundung der Welt rufen wir auch der Welt und der Militärregierung zu: „Gebt Raum der deutschen Arbeit und der deutschen Schaffenskraft! Damit wir durch die Schaffenskraft die deutsche Not überwinden und dazu einen Beitrag zahlen nicht allein zur Gesundung unseres Vaterlandes, sondern zur Gesundung der gesamten Welt."

Herr Landrat Specht hat in seiner Ansprache zum Ausdruck gebracht, daß die Demokratie nicht gedeihen kann auf dem Fundament von Hunger und Verzweiflung. Nur, wenn es uns gelingt, daß wir diesen Hunger beseitigen, wenn der deutsche Mensch wieder satt werden kann, dann ist die Möglichkeit gegeben, dieses hohe Ideal auch in den Herzen der deutschen Bevölkerung zu verankern. Wir haben hier im Landkreise Bielefeld bisher versucht, in unserem Rahmen durch die Form unserer Verhandlungsführung zu demonstrieren, was wahre Demokratie ist. Und ich glaube, wenn auch die Gegensätze sich vielleicht verschärfen werden und so sehr wir auch als sozialdemokratische Fraktion darauf bedacht sein werden unsere grundsätzliche Anschauung immer wieder zu vertreten, so bedeutet das nicht, daß wir die Dinge, die wir hier zu erledigen haben, durch die parteipolitische Brille sehen Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß wir uns hier im Kreistag nicht mit hoher Politik, sondern mit Dingen der Verwaltung zu beschäftigen haben. Wir wollen mit unserer Kraft dazu beitragen, die Nöte im Landkreise Bielefeld mildern zu helfen. Dieses Bekenntnis, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, verbindet den gesamten Kreistag. Wir wollen jenes Gesetz, das das Fundament der Demokratie ist und das da heißt, man mag die Meinung irgendeines Menschen entkräften, nie aber den Menschen verachten um seiner Meinung willen, zur Grundlage unserer gemeinsamen weiteren Arbeit machen. Die deutsche Gemeindeordnung hat nach meinem Dafürhalten einen wunderschönen Satz ausgesprochen, und zwar jenen Satz, daß der Landrat „primus inter pares" sein soll, das bedeutet „Erster unter Gleichen", und ich glaube, wenn er sich als Erster unter Gleichen fühlt, dann hat er erst die Kraft, die notwendig ist, wirklich wahre Demokratie zu leben und in der untersten Zelle unseres staatspolitischen Aufbaues durchzusetzen. Unser scheidender Landrat Baurichter, hat auch jenen Grundsatz, „primus inter pares" zu sein, immer wahrgemacht, und weil er auf diesem Boden stand, konnte er auch deswegen so erfolgreich wirken, weil zwischen ihm und uns sich ein starkes menschliches Band knüpfte und festigte. Ich glaube, der neue Landrat wird auch jenen Grundsatz der deutschen Gemeindeordnung zu seinem eigenen machen, und gemeinsam mit der Vertretung, wenn es sein muß, gegenüber der Verwaltung, die Interessen der Bevölkerung durchzusetzen Es ist hier heute in diesem Kreise sehr viel von der Demokratie gesprochen worden, und der Ausdruck Demokratie wird in Deutschland sehr oft gebraucht, so daß man vielleicht der Meinung sein könnte, wenn man ihr zu oft braucht, wird er abgenutzt. Ich bin im Gegenteil der Ueberzeugung, dies ist unser

letzter Versuch, die Demokratie in Deutschland zu schaffen.

zweimal ist dieser Versuch gescheitert, das dritte Mal darf er nicht scheitern, es muß die Aufgabe des kleinsten Gemeindeparlaments und darüber hinaus aller Volksvertretungen sein, dieses hohe Freiheitsideal in den Herzen unserer Bürger zu verankern. Deswegen möchte ich hier ein Wort von Goethe zitieren, der in seinem „Faust" über den Verlauf des Lebens nachdachte und Betrachtungen darüber anstellte, was ist das Erhabenste, was ist das Wertvollste? Er kam zu der Erkenntnis: Es gibt nichts Schöneres, nichts Kösticheres, und nichts Erhabeneres als die F r e i h e i t! Für dieses hohe Ideal der Freiheit wollen wir uns auch im Kreistag Bielefeld-Land stets einsetzen.

Landrat Specht: Ich möchte nochmals Gelegenheit nehmen, unserem scheidenden Landrat, Herrn Baurichter, den besten Dank für seine Tätigkeit im Landkreise Bielefeld auszusprechen, begleitet von dem herzlichsten Glückwunsch für sein neues Amt. Wir wünschen ihm im Namen der Kreisvertretung auf seinem ferneren Lebensweg alles Gute.

Damit war die Kreistagsitzung geschlossen.

Bielefelder Hotel- und Zimmernachweis

Die Stadt Bielefeld, die auf Grund ihrer zentralen Lage und sonstigen Vorzüge immer mehr zu einem Tagungsort für Ausstellungen und Verbandstreffen usw. wird, hat selbstverständlich auch in entsprechender Form für ihre Gäste Sorge zu tragen Dazu gehört in erster Linie die quartiermäßige Unterbringung der Besucher. Zu diesem Zweck wurde am 1. Juli ein Hotel- und Zimmernachweis in Bielefeld, Bahnhofstraße 36 eröffnet. Innerhalb eines Monats wurde diese Stelle von insgesamt 2300 Personen in Anspruch genommen und zwar durch teils kurzfristige oder längere Quartierbeschaffungen. Damit auch den Besuchern, die erst in den Abendstunden hier eintreffen, Unterkunft zugewiesen werden kann, ist vorgesehen, daß der Hotel- und Zimmernachweis künftig bis 20 Uhr geöffnet bleibt. Hinzuweisen wäre noch darauf, daß im Zuge der Vereinheitlichung die bisherige quartiermäßige Unterbringung von Besuchern durch das städt. Verkehrsamt in Fortfall gekommen ist und diese Aufgabe von dem städt. Hotel- und Zimmernachweis mit übernommen wurde. Damit diese Stelle aber die Anforderungen betr. Quartiergestellung befriedigen kann, ergeht an die Bielefelder Bürgerschaft noch einmal die Bitte, durch Bereitstellung geeigneter möblierter Uebernachtungsräume — die möglichst zentral gelegen sein müssen — mitzuhelfen, den Ruf Bielefelds als Stadt der Gastfreundschaft zu stärken und auszubauen. Das städt. Wohnungsamt würde bei Einverständnis der Vermieter und Eignung d me auch Umquartierungen vornehmen, die Räume durch Flüchtlinge oder einzelne Mieter belegt sind.

Unsere erhaltenen Kalorien

betrugen in der Woche vom 18. — 24. 8. 1947 für erwachsene Normalverbraucher 1401, und zwar: Brot 875, Nährmittel 126, Zucker 36, Kartoffeln 195, Fleisch 22, Fett 38, E-Milch 25, Käse 10, Gemüse 13, Kaffee-Ersatz —, Marmelade 36, Fisch 25.

Lizenzträger: Arthur Ladebeck, Bielefeld. Für den Inhalt verantwortlich: Presseamt der Stadtverwaltung (für alle städtischen Veröffentlichungen) und die Kreisverwaltung (für die Veröffentlichungen des Landkreises) Druck und Vertrieb: J. D. Küster Nachf. in Bielefeld.